

— Zwanzigster Jahrgang. —

Nr. 41.

Gesamtüberblick über die polnische Tagesliteratur

für die Zeit vom 6. bis 12. Oktober 1911.

Posen, den 17. Oktober 1911.

Aus den Blättern der Provinz Posen.Aus Nr. 230 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 8. Oktober 1911:

Eines der nach Sensation haschenden Krafauer Blätter ist mit dem Gedanken hervorgetreten, polnische Legionen für die Türkei zu bilden. Der Gedanke soll besonders unter der Jugend und auch in beachtenswerten Kreisen mit Begeisterung aufgenommen worden sein, und es sollen sich schon 200 Freiwillige gemeldet haben. Einer der Krafauer Bürger hat zu den Kosten der Ausrüstung der Legion 1000 Kronen gespendet.

Wir wissen nicht, wieviel Wahres in dieser Mitteilung enthalten ist. Unseres Erachtens wäre jedoch die Bildung von polnischen Legionen für die Türkei Unsinn. Wir können Sympathie für die von einem stärkeren Gegner brutal und zynisch überfallene Türkei hegen; aber von diesen Sympathien bis zum Vergießen unseres Blutes für eine im Allgemeinen für uns ziemlich gleichgültige Sache ist es noch sehr weit. Die Jugend konnte diesen Gedanken mit Begeisterung begrüßen; die ernster denkenden Kreise der Volksgemeinschaft aber sind dazu da, die Jugend von unüberlegten Regungen und Unterfangen abzuhalten.

Aus Nr. 232 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 11. Oktober 1911:**Aus Anlaß des Schlusses der Posener Ausstellung**

meint das Blatt u. a.:

In dieser Hinsicht, daß nämlich der Reingewinn höher gewesen wäre, wenn die Polen die Ausstellung nicht gemieden hätten, hat der Oberbürgermeister bestimmt recht; man darf jedoch nicht schließen, daß für die Polen, als sie die Ausstellung mieden, der Zeitgedanke die Absicht gewesen sei, den finanziellen Bankrott der Ausstellung herbeizuführen. Selbst wenn die Polen von vorn herein die Gewißheit gehabt hätten, daß das Ausstellungs Komitee auf die Kosten kommen werde, hätten sie der Ostdeutschen Ausstellung gegenüber keine andere Haltung einnehmen können. — Tatsächlich hat man polnischerseits auch damit gerechnet, daß das Ausstellungs Komitee mehr oder weniger auskommen werde. Denn es waren die finanziellen Bedingungen bekannt, auf Grund deren die Aussteller zugelassen worden waren. Diese Bedingungen waren derartige, daß überwiegend die Aussteller selbst

die Kosten der Ausstellung decken mußten. So ist es auch gewesen, und daher ist es auch kein Wunder, daß (wie wir auf Grund ziemlich genauer Angaben wissen) die Allgemeinheit der Aussteller nicht zufrieden ist. Die von ihnen erzielten Vorteile und Gewinne stehen nämlich in keinem Verhältnis zu den verauslagten tatsächlichen Kosten. Nicht nur aus den Kreisen der polnischen Aussteller, deren Zahl übrigens sehr gering war, sondern auch von verschiedenen Seiten her, haben wir von ausgesprochener Enttäuschung gehört. Man hätte sich schon mit dem Gedanken an die Kosten für die Beteiligung an der Ausstellung abgefunden, sich jedoch der Hoffnung hingegeben, daß man die Kosten decken, ja, sogar einen Gewinn erzielen werde durch Steigerung des Absatzes und Erweiterung des Unternehmens. Indes schlugen diese Hoffnungen fehl — daher das Klagen.

Etwas anders als das wirtschaftliche Ergebnis der Ausstellungsteilnehmer ist die finanzielle Seite der Ausstellung für das Ausstellungs Komitee. Übrigens ist das, was die Polen der Ausstellung an Einnahme entzogen haben, etwas ausgeglichen worden durch das künstliche Heranholen von Besuchern mit Hilfe von Zusammenkünften und Kongressen, deren man hier in letzter Zeit mehrerer Duzend veranstaltet hat.

So war auch dieses Umstands halber nicht zu erwarten, daß das Ausstellungs Komitee ernste Verluste zu tragen haben werde. Jedenfalls müssen wir in der polnischen Bilanz auf der Gewinnseite notieren, daß von unserer Seite her nur eine ganz verschwindende Zahl solcher gewesen ist, die zur Deckung der Kosten dieses für die Aussteller wirtschaftlich nicht rentierenden Unternehmens beigetragen haben.

Unsere Volksgemeinschaft hat aber, indem sie die Ausstellung mied, weniger die finanziellen Rücksichten in Rechnung gezogen, als speziell nationalpolitische Rücksichten.

Diese Seite der Ausstellung haben wir zur gehörigen Zeit hinlänglich hervorgehoben und erkennbar gemacht. Während der Dauer der Ausstellung hat sich dieser ihr Charakter völlig, vielleicht mehr als genug feststellen lassen. Noch gestern beim Schluß der Ausstellung verfehlte man nicht, das hervorzuheben. So hat der Jude Rogowski in seiner Ansprache u. a. gesagt: (Rückübersetzung)

„Während man Ausstellungen gewöhnlich fast nur aus Gründen wirtschaftlicher Natur veranstaltet, verdankt die Ostdeutsche Ausstellung ihr Entstehen neben diesen wirtschaftlichen Gründen der großen nationalen Idee. Man hat dem übrigen Deutschland und dem Ausland ein Denkmal der ostdeutschen und ostmärkischen Kultur in Industrie und Landwirtschaft vor Augen führen

wollen. Man hat nachweisen wollen, daß die ostdeutsche Industrie würdig ist, sich neben ihre westdeutsche Schwester zu stellen. Und fürwahr, dieses Ziel ist erreicht worden; die Ostdeutsche Ausstellung bezeichnet einen friedlichen Sieg, einen Triumph deutscher Arbeit in den Ostmarken."

Unter solchen Bedingungen hat man die Ausstellung eronnen und sie mit diesem Leitgedanken veranstatet. Die polnische Volksgesamtheit müßte nicht nur mit Rücksicht auf ihre nationale Würde, sondern auch nicht minder mit Rücksicht auf das nationale Interesse darauf reagieren und den gehörigen Standpunkt einnehmen. Und wenn man auf jüdisch-deutscher Seite von Triumpfen spricht, so werden wir bescheidener, aber dafür ganz im Einvernehmen mit dem tatsächlichen Stande der Dinge sein, und wir geben der Zufriedenheit Ausdruck über die Stellung, welche unsere Volksgemeinschaft eingenommen hat. Der Beteiligung an der Ausstellung als Aussteller haben sich unsere Kaufleute und Gewerbetreibenden mit sehr geringen Ausnahmen enthalten; unser Publikum aber hat fast nur mit Ausnahme derer, welche außerhalb des Rahmens der Volksgemeinschaft stehen und welche an deren Denken und Arbeiten nicht teilnehmen, die Ausstellung nicht besucht.

In dieser Hinsicht sind besonders zwei Momente hervorzuheben: völlig korrekt und vorwurfsfrei hat sich das Königreich Polen verhalten, auf welches das Ausstellungskomitee besonders rechnete, indem es diesen Gebietsteil sogar irregulären versuchte mit Hilfe verschnitten redigierter Plakate. Ferner mieden die Ausstellung unsere breiten Volksschichten, für welche doch naturgemäß die Ausstellung eine um so größere Attraktion gewesen ist. Diese breiten Volksschichten haben sich nicht verlocken lassen, wobei sie ein noch mehr anerkanntes Verständnis der Dinge dargetan haben, als die Kreise, für welche Ausstellungen keine unbekannten Dinge sind.

Unsere Volksgesamtheit hat somit — mit geringen Ausnahmen — die gehörige Disziplin und Solidarität bewiesen; sie hat die übrigen so natürliche Neugierde zu überwinden gewußt, sie hat mit einem Worte bedeutende Fortschritte in der Ausbildung und Reife dargetan. Das gewährt uns heute angesichts des Schlusses der Ausstellung moralische Befriedigung und erfüllt mit Hoffnung für die Zukunft.

Aus Nr. 234 des Dziennik Bydgoski (Bromberg)
vom 11. Oktober 1911:

Der Schluß der Ostdeutschen Ausstellung in Posen

hat gestern stattgefunden. Aus diesem Anlaß fiel wieder aus dem Füllhorn ein Regen von Orden und verschiedenen andern Auszeichnungen hernieder. Dem Oberbürgermeister von Posen, Dr. Wilms, wurde der Charakter als „Geheimer Regierungsrat“ verliehen. Mit Orden und Titeln wurden ausgezeichnet: Ein Zeitungsmann, ein Provinzial-Schulrat, verschiedene Bauräte, ein Drucker, Kaufleute und Juden. Man hat sogar die Polizisten und Monteure nicht vergessen.

Wir bedauern nur sehr, daß man „unsern Kammerherrn Cegielski“ vergessen hat, der doch in jeder Hinsicht bemüht gewesen ist, die Ostdeutsche Ausstellung zu verherrlichen.

Aus Nr. 227 des Dziennik Bydgoski (Bromberg)
vom 3. Oktober 1911:

Blutdürstige Bestien.

Es gibt Tiere, die ohne Blut nicht leben können. Ihnen ähneln die Politiker, die nicht zusehen können, wenn ihre Mitbürger in Frieden gelassen werden. Im Wachen und Träumen möchten sie nur jene, die sie für ihre Gegner halten, zertreten und zermalmen. Zu solchen politischen Bestien gehören alle katartischen Zeitungen und den Reigen derselben führt das „Posener Tageblatt“ an, eine Zeitung, die i. Zt. geraten hat, die Polen mit Knüppeln zu prügeln.

Gegenwärtig läßt es wieder die Furcht nicht schlafen, es könnte zu einer Änderung der antipolnischen Politik kommen. Es schreibt also, daß die Preußen allerdings allzu häufig Geneigtheit gezeigt haben, mit den Nachbarn einig zusammenzuleben, daß ihnen dies aber schlecht bekommen sei (möge ihm Belzebub diese Lüge mit fetten Buchstaben im Buche des Banditentums verzeichnen). Der Inhalt seiner Existenz ist der Kampf, der unaufhörliche Kampf, besonders mit den Elementen, die von verschiedenen Ideen belebt sind. Der Pole, der Däne, der Franzose läßt sich niemals so veröhnen, wie sich z. B. die besiegten deutschen Staaten mit Preußen veröhnt haben. Er (der Pole) wird seiner Rationalität nicht entsagen und als treuer Bürger im deutschen Reiche aufgehen. Deshalb muß man mit ihm kämpfen — bis zum Erfolg.

Homo homini lupus, sagt das lateinische Sprichwort, das man hier anwenden kann. Wenn irgend jemand, so ist gerade ein solches „Posener Tageblatt“ eine schlimmere Bestie unter den Menschen, als der Wolf unter den Tieren. Die Grundlehre, die es verkündet, ist nicht nur das Niedertreten aller gesunden staatlichen, und menschlichen und rechtlichen Grundsätze, sondern es verbreitet zugleich auch die staatliche Anarchie. Das bedeutet ungefähr, daß man die Polen, Dänen und Franzosen ausrotten muß. Ein solcher Grundsatz kann nur unter wilden Bestien herrschen, und die Menschen, die ihn verkünden, unterscheiden sich garnicht von diesen Bestien.

Es lohnt sich, dem „Posener Tageblatt“ die Worte des Kaisers, die er im Jahre 1902 in Posen gesprochen hat, ins Gedächtnis zurückzurufen: Eure nationalen Eigentümlichkeiten sollen geachtet werden.

Aus Nr. 232 des Lech (Gnesen)
vom 10. Oktober 1911:

Maciejowice.

In einem Artikel über die Schlacht bei Maciejowice am 10. Oktober 1794 heißt es zum Schluß:

„Unsere Feinde sagen, daß der verwundete Feldherr, als er vom Pferde stürzte, die verzweifeltsten Worte gesagt haben soll: Finis Poloniae! Dies ist eine ganz offenkundige geschichtliche Lüge, die das Andenken unseres Helden verunglimpft. Wenn Kosciuszko auch das Mißlingen des nationalen Aufstandes gesehen hat, so hat er dennoch niemals aufgehört, an die **Wiedergeburt seiner Nation zu glauben**. Er konnte also niemals diese lästerlichen Worte gebrauchen, die das Ende Polens ankündigten. **Diesen Glauben an eine bessere Zukunft der polnischen Nation haben wir von unserem unsterblichen Feldherrn als heiliges Erbe übernommen**. Heute fassen wir **vielleicht** Polen und seine Wiedergeburt

anders auf, als dies der Feldherr Kosciuszko aufgefaßt hat. Wir dürfen heute nicht daran denken, die Feinde Polens mit der Waffe in der Hand anzugreifen und unser Leben für das Vaterland zu opfern, wir **dürfen** nicht sterben, sondern müssen leben, und einen unblutigen Kampf um unsere nationale Existenz führen. Polen hatte stets Helden im Überfluß, die jederzeit bereit waren, für Polen zu sterben, aber es fehlte an solchen, die für Polen zu leben verstanden. Deshalb mußte es untergehen. Uns ist heute die ehrenvolle Aufgabe zugefallen, das Gebäude des wiedergeborenen Polens nicht auf Bajonetten und Geschützen zu errichten, sondern auf den von der Arbeit schmerzenden Händen, auf den gebeugten Schultern der breitesten Massen des polnischen Volkes. Und wenn die Feinde uns allzu gewalttätig angreifen, wenn die Wogen der feindlichen Sturmflut uns mit Grausen und Zweifeln erfüllen, dann erinnern wir uns an die lichte Gestalt unseres Nationalhelden Tadeusz Kosciuszko und **glauben wir wie er bis zum letzten Atemzuge an den Sieg der heiligen polnischen Sache und an die Wiedergeburt unserer Nation.**

Aus Nr. 19 des Sokół (Posen)
vom 1. Oktober 1911:

Achtung, Kameraden!

Es nähert sich der 15. Oktober, der Todestag unseres großen Oberfeldherren Thaddäus Kosciuszko. Angesichts dessen bringen wir den Beschluß der Verbands-Delegiertenversammlung in Erinnerung, der im Jahre 1907 einstimmig gefaßt wurde, und welcher lautet:

1. Es ist im Oktober eines jeden Jahres eine Feier des Vercheidens Thaddäus Kosciuszkos zu begehen.
2. Es ist ein Thaddäus-Kosciuszkofonds für Aufklärungszwecke des Sokół zu sammeln.

Dieser denkwürdige Moment ist also in allen Vereinen ohne Ausnahme zu begehen, wobei an die Sammlung von Beiträgen zum Kosciuszkofonds zu denken ist. Die Beiträge für einen so erhabenen Zweck sollten reichlich fließen. Das gesammelte Geld bitten wir mit dem Zusatz: „Zum Kosciuszkofonds“ an den Verbandskassierer Johann Zablocki, Posen, Wasserstraße 4, einzufenden.

Zwecks Erleichterung bei der Veranstaltung von Kosciuszko-Feiern bieten wir einen speziell zur Benutzung seitens der Vereine bearbeitetes Referat über Thaddäus Kosciuszko, sowie zu Deklamationszwecken das Ujejski'sche Gedicht „Kosciuszko's Begräbnis“. Beides ist in dem heutigen Heft des „Sokół“ enthalten. Dazu empfehlen wir den Kameraden das schöne Büchlein „Vom Leben und den Taten Kosciuszkos“ von Włodzimierz Trappczinski. Es ist zum Preise von 50 Pf. in jeder polnischen Buchhandlung zu haben.

Gut Heil!

Die Redaktion.

Zum Jahrestag des Todes Thaddäus Kosciuszkos.

(Referat für Sokolvereine.)

So oft sich auf Erden ein Mensch zeigt, der lauter Gutes unter der Menschheit verbreitet (so sprach in einer seiner poetischen Predigten der Bischof Wandurcki), scheint es immer, als sei dieser Mensch irgend-

woher aus der Höhe, als sei er aus irgendeinem höheren Lande auf diese Erde voll Falsch, Schuld und Unbill herabgekommen und als lehre er, wenn er von hier scheidet, wiederum in andere Welten zurück, die heller sind als die unsrigen, reicher an Glück und Ruhm. Das ist die Macht guter Taten, daß sie die ihnen hingegebenen Menschen mit überirdischer Glorie umgeben, daß sie unverwischbare Erinnerungen zurücklassen, daß sie in ewig währendem Echo von den Menschenherzen wiederhallen und späteren Generationen die Namen derjenigen wiederholen, die gut gehandelt haben.

Aber um wieviel mehr Spuren bleiben in den Früchten von denen zurück, welche vorzügliche Taten vollbracht und vorzügliche Gaben dargebracht haben, indem sie von der Höhe herabkamen und die Völker mit sich hoch hinauf geleiteten?! Das Leben solcher Menschen hinterläßt in der Geschichte der Nationen eine solche Helle, daß sie stets die menschlichen Blicke anzieht und immer ihrer gedenken macht. Darum haben auch große Menschen einen ungewöhnlichen Zauber, und darum umgibt man sie mit solcher Verehrung.

Doch seit den ältesten Zeiten der Geschichte der Völker bis auf die jüngsten Tage haben wir stets den bezeichnenden Fall gesehen, daß dann, wenn die dunkelsten Wolken sich über den Nationen ansammelten, dann, wenn ein Volk am ärgsten bedrückt und hilfsbedürftig war, umso eher große, vom Vater des Lichts gesandte Leute herabkamen, welche vollkommene Gaben brachten, die Schwachen stärkten, die Gefallenen aufrichteten, Leute, die wie Thaddäus Kosciuszko durch Macht, durch Beispiel, durch mutvolles Handeln und Heldenhaftigkeit riefen: „Habt den Mut zu leben, dann werdet ihr leben, habt den Mut, stark zu sein, und ihr werdet es sein, habt den Mut, eines Herzens in der Nation zu sein und es wird ein Herz schlagen und alle Stände zu einem nationalen Ganzen, zu einem unbezwingbaren Riesen vereinen.“

Und wenn Polen eine ganze Reihe solcher Leute her zählen kann, die von oben her kamen und ihm eine vollkommene Gabe brachten, so kann es mit dem Namen Thaddäus Kosciuszkos beginnen. Denn unter den vielen vielen Großen ist er wirklich der größte. Denn er hat in der Nacht des Todesdunkels und des ärgsten Fallens des Geistes der Nation in diesem armen Polenlande aufgeleuchtet; denn er hat in einer Zeit der Donner- und Blizeschläge, der satanischen Freude der Feinde dem Volke geboten, mit der Fahne der Königin Polens an der Spitze aufzutreten, und als totfrägendes Zweifeln das ganze Land ergriffen hatte, hat er dieses Zweifeln durch eine Tat vernichtet und in der Nation die große herrliche Fackel der Begeisterung und der Hoffnung angezündet. Er, Thaddäus Kosciuszko, unser großer Oberfeldherr im Bauernkittel, der Hetman der Nation, hat mit einer Tat bewirkt, daß das durch ganze Jahrhunderte fortgestoßene Volk, daß dieses durch die gräßliche Mauer von „Privilegien“ von den vaterländischen Angelegenheiten ferngehaltene Volk auf seinen Ruf hin als Riese auflebte und die Hand ausstreckte, um gemeinsam mit den Anderen das gefallene Vaterland aus der Knechtschaft aufzurichten.

Der 15. Oktober ist der stille Jahrestag des Todes Thaddäus Kosciuszkos. Dieser Tag ist wie ein Fest, — aber kein fröhliches, er gleicht einem Tage der Trauer, und er ist doch nicht leidvoll. Weshalb? Weil das der Jahrestag eines Oberfeldherren und Helden ist, der gleichsam tot ist und doch lebt, der gleichsam verloschen ist und doch leuchtet. Sein Leib ist in Frieden bestattet in den unterirdischen Gewölben des Wawel in Krakau, aber sein Ruhm und seine

Taten leben in der Nation, und sie säen Samenkörner für die Ernte der Zukunft.

Thaddäus Kosciuszko wurde ein Geist, und er ist nicht gestorben, obwohl sein Leib im Grabe ruht, er wurde ein mächtiger Geist, und darum weinen wir nicht am Tage seines Todes. Er wurde ein Geist, der in uns allen lebt; daher lebt er im Vaterlande. Und so oft wir uns darum versammeln, um das Andenken an seine Taten zu ehren, so tun wir das stets, als geschähe es an einem unerschöpflichen Quell der Hoffnung und des Trostes und eines Musters, aus dem wir mit voller Hand Anregung zu anhaltendem Dienst für das Vaterland schöpfen.

(Es folgt ein Lebensbild Kosciuszkos, das wie folgt schließt):

Und was lehrt uns die Erinnerung an Kosciuszko? Der Grundsatz seines Lebens waren die schönen Worte der Hymne von der Liebe zum Vaterlande:

„Heilige Liebe des geliebten Vaterlandes!
Dich fühlen nur biedere Geister.
Für dich schmecken Gifte schmackhaft,
Für dich sind Fesseln, Banden nicht schändend.
Du machst Krüppelhaftigkeit wohlgestaltig
Durch ehrenvolle Wunden.
Du nistest im Geiste wahres Vergnügen ein.
Wenn man dir nur beistehen, dich unterstützen kann,
Dann schmerzt es nicht, im Elend zu leben und
[zu sterben!]

Mit seinem Leben hat Thaddäus Kosciuszko bezeugt, daß diese Worte ihm tief in die Seele gedrungen, daß sie ihm ein Wegweiser waren. Nachdem er sich dem militärischen Dienst für das Vaterland geweiht hatte, war er ein wahres und gutes Beispiel dafür, wie man dem Vaterlande zu dienen hat.

Groß ist Thaddäus Kosciuszko. Ein Muster und ein Retter ist er uns, — ein Retter, denn obwohl ihm nicht beschieden war, das Vaterland vom Feinde zu befreien, so hat er ihm doch ein großes geistiges Erbe hinterlassen, ein Testament, dessen nachdrückliche Erfüllung seitens der Nation diese wiedergeboren werden macht.

Und was lehrt uns Kosciuszkos Testament? Kosciuszko hat die Arbeit in der Nation anbefohlen; er hat zur Verteidigung der Bürgerrechte aufgefordert, an das Herz des Volkes gepocht und in ihm die schlummernde Vaterlandsliebe entfacht.

Kosciuszko hat uns übertragen, den unerschütterlichen Glauben an die Wiedergeburt des Geistes der Nation in der Brust zu tragen; er hat uns die heiße Liebe zu Taten für Polen und beharrliche Arbeit auf der nationalen Scholle anbefohlen, — mit einem Wort, Kosciuszkos Testament lehrt uns, wie die ganze Nation zu lieben ist mit allen ihren Stufen der Volkschichten, der Würden und Stellungen, wie man arbeiten, wie man beharrlich sein, wie man opferwillig sein, wie man glauben muß.

Und darum lebt der große Held der Nation, obwohl er am 15. Oktober 1817 aus dem zeitlichen Leben geschieden ist, in uns, und er wird in den Herzen der Nachkommen ewig leben. Und darum umgeben auch wir Sokols die Gestalt unseres Oberfeldherrn mit solcher großen Verehrung, und sein Name ist uns so teuer, lieb, heilig, und sein Name tront über uns als erhabene Lösung.

Gz. Plomienczyk.

Aus Nr. 226 des Dziennik Bydgoski (Bromberg)
vom 1. Oktober 1911:

Ein neues Projekt zur Rettung des Grund und Bodens.

Zu dem Artikel des Dziennik Poznański,^{*)} in welchem die Gründung eines Informationsbureaus vorgeschlagen wird, das jedermann über Güteragenten und Käufer von Gütern Auskunft erteilen soll, bemerkt der Dziennik Bydgoski:

„Wir sind der Ansicht, daß der Schacherer am besten und am erfolgreichsten die gesunde öffentliche Meinung entgegenwirken kann, besser als alle hierzu berufenen Institutionen, wenn wir auch durchaus nicht daran denken, ihre Bedeutung zu unterschätzen, sobald sie gut geleitet werden. Eine gesunde öffentliche Meinung kann aber nur dann herrschen, wenn niemand den Verschacherern das Komödien spielen erleichtern wird. Und in dieser Hinsicht hat leider gerade der Dziennik Poznański sehr viele Sünden auf dem Gewissen. Mit Recht ruft ihm der Kurjer Poznański ins Gedächtnis, daß er in Sachen der Verschacherung von Gorzewo eine solche Haltung eingenommen hat, daß seine Leser den Herrn Rat Lutomski für einen makellosen Menschen halten können. Ähnlich hat sich der Dziennik Poznański in vielen anderen Fällen von Verschacherung verhalten. Es genügt an Kruszewo, Modliszewo, Konstantin Breza, die Kierski'sche Affäre und viele andere zu erinnern. In den letzten Zeiten hat er den Fall Laszki so dargestellt, als ob sich Laszki in den sichersten Händen befände, während man sein Schicksal als besiegelt betrachten muß.

Es herrscht in der Volksgesamtheit und besonders unter den Verschachererkandidaten die Überzeugung, daß es genügt sich an den Dziennik Poznański zu wenden, der jede unsaubere Sache so darstellen wird, daß sie rein wie eine Träne aussehen wird. Und auch daran muß man erinnern, daß gerade der Dziennik Poznański jede Massenaktion zur Bekämpfung des Schachererunwesens bekämpft hat, wie z. B. das „schwarze Buch“, das viel Gutes getan hat; denn so mancher hat noch heut vor ihm Furcht und schreckt vor dem Verschachern zurück.

Was uns anbetrifft, so sind wir der Ansicht, daß man durchaus:

1. Von neuem ein schwarzes Buch mit einem Nachtrag der Verschacherer aus den letzten Jahren herausgeben muß,
2. eine besondere Liste der Agenten veröffentlichen muß, die bei unsauberen Sachen ihre Hand im Spiel gehabt haben,
3. ein Verzeichnis jener Personen anlegen muß, die allerdings ihrem Berufe nach Landwirte sind, aber ständig mit Grund und Boden handeln. Ein solcher Handel endet schließlich mit Verschacherung, wenn die betreffende Person sich die Tasche genügend gefüllt hat und sich aus der öffentlichen Meinung nichts mehr macht.

Wir halten die Frage deshalb für wichtig, weil sie dazu beitragen kann, die öffentliche Meinung gegenüber den Verschacherern zu festigen.

Aus Nr. 224 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 1. Oktober 1911:

Neue Verschacherer.

Von der Edwardsinsel bei Santomischel haben wir unlängst berichtet, daß ihr ernstste Gefahr drohe,

^{*)} S. Gef. überbl. Nr. 40, Seite 984.

daß Verhandlungen schon im Gange seien. Jetzt ist der Verkauf schon vollzogene Tatsache: die Besitzer Josef Skiera, Posen, Theaterstraße, und Johann Wagner, Posen, Wallischei, haben den See und die Insel für 65 000 Mk. an den Bürgermeister von Santomischel verkauft. Vor neun Jahren haben sie für das Objekt etwa 30 000 Mk. bezahlt.

Aus Mogilno hat man uns mitgeteilt, daß in einem gewissen Vorwerk in der Nähe von Mogilno Beamte der Ansiedlungskommission sich herumdrehen sollen. Jener Besitzer gehört einer bekannten Familie an. Es scheint uns fast unmöglich, daß er sich Schacher sollte zuschulden kommen lassen. Darum nennen wir fürs erste den Namen nicht. Wir haben uns mit einschlägigen hiesigen Instituten in Verbindung gesetzt, und telegraphisch an den Besitzer die Aufforderung gerichtet, die Sache umgehend aufzuklären. Bis zu dem Moment, wo wir dies schreiben, haben wir einen Bescheid nicht erhalten. Sollte er bis zum Abend nicht eintreffen, dann werden wir uns telegraphisch an den Bruder des Vorwerksbesizers, einen allgemein geachteten Bürger, wenden.

Deutschen Zeitungen zufolge hat in Sitowce der Pole Josef Pantanin seine Wirtschaft durch Vermittlung der Mittelstandskasse an den Inspektor Friedrich Wolf verkauft.

Aus Sarbinowo, Kreis Znin, teilt man mit, Herr Watowski beabsichtige seine vor drei Jahren von Bielarski erworbene, 100 Morgen große Wirtschaft loszuschlagen. Schon damals wollte er Schacher treiben, aber die Nachbarn brachten ihn von der Absicht ab. Jetzt erklärt er offen, er werde in fremde Hände verkaufen.

Aus Nr. 227 des Dziennik Bydgoski (Bromberg)
vom 3. Oktober 1911:

Propst Becker

in Schrimm hat, wie der Lech berichtet, in Rom seinen Prozeß um die Bromberger Propstei gewonnen; es liegt nunmehr kein Hindernis mehr vor, die Stelle in Bromberg zu übernehmen.

Die etwa 80 Prozent polnischer Parochianen zählende Bromberger Parochie will den Propst Becker nicht, was die ungeheure Masse von Unterschriften bewiesen hat. Infolgedessen können wir uns nicht von unserm Erstaunen darüber erholen, daß sich ein katholischer Geistlicher auf solche Art einer Parochie aufdrängt. Was soll die Parochie von einem solchen Geistlichen halten? Das Lob Gottes und die katholische Sache werden sicherlich an einem solchen aufgewungenen Propst nichts gewinnen, und die Erbitterung unter den Parochianen, die heute schon sehr groß ist, kann traurige Folgen zeitigen.

Aus Nr. 230 des Postep (Posen)
vom 8. Oktober 1911:

Grätz.

Am 17. d. Mts. finden in der Gräzer Parochie Wahlen zum Kirchenvorstand und Kirchenrat statt. Weil der 17. auf einen Dienstag, also einen Wochentag fällt, so ist er für eine Wahl sehr unquem, denn die Leute sind beschäftigt und können zur Wahl nicht erscheinen. Dem gegenwärtigen Kirchenvorstand aber paßt dieser Tag sehr gut — der Vorstand ist nämlich der Meinung, daß die Wähler an diesem Tage nicht werden erscheinen können und er also wird dieselben wiedewählen können, mit denen die Parochianen nicht sehr zufrieden gewesen sind. Es

würde erwünscht sein, wenn die Wahlen Sonntag nachmittags, also zu einer Zeit, wo jeder Wähler abkömmlich ist und zur Wahl kommen kann, stattfänden. Ebenso wie in andern Parochien müßte auch in Grätz eine Wählerversammlung, in welcher die Parochianen ihre Repräsentanten sowohl für den Kirchenvorstand als auch den Kirchenrat wählen könnten, stattfinden. Doch leider! Grätz ist noch lange seiner Aufgabe nicht gewachsen. Man muß nicht Monate, sondern Jahre darauf warten, ehe in Grätz eine Wählerversammlung stattfindet. So also sieht es heute in dem einstmalig so berühmten und während des Aufstandes so kriegerrischen Grätz aus! — über die Parole „Jeder zu den Seinen“ werde ich später berichten.

Einer für viele.

Aus Nr. 231 des Lech (Gnesen)
vom 8. Oktober 1911:

Zu den Rekruten.

In der nächsten Woche verlassen Tausende unserer Jünglinge ihren Beruf, um sich zu einem zwei- oder sogar dreijährigen Aufenthalt unter die preussischen militärischen Standarten zu begeben. Mit geringen Ausnahmen geht unsere Jugend in fremde, deutsche Gegenden, nach Berlin, nach Pommern, nach Brandenburg, denn dies verlangt das Interesse des Dienstes und des — — Deutschtums. Wenn schon für die Deutschen der Weg des Militärdienstes nicht mit Rosen bestreut ist, so wird er für die Polen häufig ein wahrer Dornenweg. Der polnische Soldat darf nicht polnisch sprechen, er darf keine polnischen Zeitungen lesen, er erhält sogar deutsche Gebetbücher, und zum Überfluß hört er häufig Worte, die ihn in seinen religiösen und nationalen Gefühlen bis ins Innerste treffen. Schwere Zeiten erwarten also den polnischen Rekruten und doch muß er bis zum Ende ausharren.

Die polnische Nation war dafür berühmt, daß sie eine militärische Ader hatte, deshalb zählt auch heute noch der polnische Soldat zu den besten Soldaten, was sogar die deutschen Vorgesetzten anerkennen. Es muß auch jeder polnische Soldat bemüht sein, dem polnischen Namen keine Schande zu machen, er muß sich als Soldat durch Pünktlichkeit, Genauigkeit, Gewissenhaftigkeit, überhaupt durch alle Soldatentugenden auszeichnen, damit die Deutschen den polnischen Soldaten nicht verspotten können. Andererseits darf der polnische Soldat niemals vergessen, daß er Pole ist und ein solcher bis zum Tode bleiben muß.

Diese unsere militärische Ader ist häufig die Ursache, daß mancher das vergißt, daß er Pole ist, und daß er schließlich seine Nationalität verleugnet. Manchem gefällt der Dienst, der bunte Kragen und die blanken Knöpfe, er leiht willig Einflüsterungen das Ohr, die ihm zureden, sich zu verpflichten, längere Zeit im Dienst zu bleiben, zu kapitulieren, und er unterliegt der Versuchung. Es scheint ihm, daß er nach dem Abdieneu jener 12 Jahr mit Leichtigkeit irgend eine angesehenere Stellung erlangen wird, z. B. beim Magistrat, beim Gericht oder der Regierung, aber das sind Birnen auf dem Baum. Die Überfüllung in diesen Berufen ist heute so gewaltig, daß der ausgediente Soldat lange Zeit auf eine Stellung warten muß. Der Pole verdeutsch sich natürlich vollständig während seiner langjährigen Dienstzeit und ist für die Volksgesamtheit völlig verloren. Mancher vergißt schon nach drei, vier Jahren des Militärdienstes seine Muttersprache und wird Deutscher. Deshalb möge sich auch kein Pole, der seine polnische Muttersprache liebt und sich nicht entnationalisieren will, dem Militärberuf widmen.

Man darf seine polnischen Gefühle nicht nach außen hin manifestieren, aber dafür kann niemand den polnischen Soldaten verbieten, daß sie im Herzen und in der Seele Polen bleiben. Denket daran, daß ihr nach Ableistung eurer Dienstpflicht in das Heimatland zurückkehren und euren Posten auf dieser Erde einnehmen müßt, die euch geboren hat und in welcher die Gebeine eurer Vorfahren ruhen. Seid niemals kleinmütig, schämt euch nicht eurer polnischen Abstammung, wenn euch jemand nach eurer Nationalität fragt, dann bekennet offen und mit Stolz, daß ihr Polen seid, weil es ein großer Ruhm ist, ein Glied einer Nation zu sein, die eine so herrliche Geschichte hat, wie die polnische. Erfüllet gewissenhaft alle eure Pflichten zur völligen Zufriedenheit eurer Vorgesetzten, aber kehret als Katholiken und Polen zurück. Das ist der Wunsch, mit welchem wir euch verabschieden.

Aus Nr. 234 des Dziennik Bydgoski (Bromberg)
vom 11. September 1911:

Bedeutende Scharen

unserer Jugend haben den Militärdienst verlassen und haben ihre Freiheit erlangt. Es sind dies junge Leute, unerfahren, für Böse und Gut empfänglich. Der Militärdienst hat ihnen eine gewisse, spezielle Facheinstrichung verliehen, aber er hat sie nicht veredelt, sie auch in moralischer Hinsicht nicht gehoben. Leider ist häufig geradezu das Gegenteil der Fall. Bemühen wir uns alle, diese jungen Leute sofort zu gewinnen und sie für unsere Gesellenvereine, Sokol- und Gesangsvereine zu erhalten, in welcher sie neben Belehrung angenehme und edle Vergnügungen finden und die nationalen Pflichten lernen. Wenn die Vereine diese Jünglinge nicht in ihre Fürsorge nehmen, dann werden sie vielleicht für immer für uns verloren sein, denn es lauern auf sie verschiedene deutsche Vereine, die häufig eifriger als wir unter unserer Jugend Mitglieder werben. Retten und pflegen wir unsere Jugend.

Reglement für die Vorstände der Filialen der Polnischen Berufsvereinigung.

§ 1.

Der Vorstand der Filiale besteht aus dem Vorsitzenden, Schriftführer und Kassierer. Dem Vorstande ist zur Hilfe beigegeben ein aus 5 Mitgliedern bestehender Ausschuß (s. § 22 der Abteilungssatzungen).

§ 2.

Die Wahlen des Vorstandes und Ausschusses in den Filialen werden in einer eigens dazu einberufenen Versammlung bewirkt. Es findet Zettelwahl statt. Mit Einverständnis der in der Versammlung anwesenden Mitglieder kann die Wahl durch Akklamation stattfinden. Gewöhnliche Stimmenmehrheit entscheidet.

Während der Wahl des Vorstandes und Ausschusses wird die Versammlung von dem vom Hauptvorstand entsandten Referenten geleitet.

§ 3.

Die Pflichten der einzelnen Vorstandsmitglieder sind folgende:

Der Vorsitzende beruft die Versammlung ein und leitet sie, er korrespondiert mit dem Abteilungsvorstande und erfüllt seine Pflichten nach den ihm vom

Hauptvorstande erteilten Weisungen. Wichtigere Korrespondenzen müssen von zwei Vorstandsmitgliedern unterschrieben werden.

§ 4.

Der Schriftführer ist verpflichtet, über jede Sitzung ein ausführliches Protokoll zu fertigen, es in der nächsten Versammlung vorzulesen und andere schriftliche Sachen an Ort und Stelle zu erledigen.

§ 5.

Der Kassierer empfängt vom Vorsitzenden der Filiale die Marken, die er an die Vertrauensleute ausgibt. Über die Marken muß der Kassierer genau Buch führen. Der Kassierer nimmt von den Vertrauensmännern die eingesammelten Beiträge und andere in die Kasse fließenden Gelder in Empfang. Jeden Monat muß der Kassierer einen Kassenabschluß fertigen und ihn dem Abteilungsvorstande einsenden. Von dem an Beiträgen eingenommenen Gelde behält die Filiale 15 Prozent zurück (s. § 22 der Abteilungssatzungen). Davon erhalten die Vertrauensleute für die Einziehung der Beiträge und das Austragen des Organs 10 Prozent, der Vorsitzende 1½ Prozent, der Rest verbleibt für Porto, Schreibmaterialien usw. als Lokalfonds in der Filialkasse. Jede Filiale soll um die Schaffung einer Lokalkasse bemüht sein.

Die an das Abteilungsbureau abgeforderten Rechnungen sollen außer von dem Kassierer vom Vorsitzenden und den Kassenrevisoren unterschrieben sein.

§ 6.

Sämtliche Unterstüzungen, welche die Mitglieder erhalten, sind in die Quittungsbücher mit Tinte einzutragen (s. § 14 der Abteilungssatzungen).

Zur Führung einer gehörigen Kontrolle über die ausgezahlten Unterstüzungen erhalten die Filialen besondere Formulare. Derjenige, der eine Unterstüzung erhebt, muß die Quittung eigenhändig unterschreiben.

§ 7.

Die Filialvorstände dürfen nur solche Rechnungen und Unterstüzungen auszahlen, die der Hauptvorstand anweist.

§ 8.

Jeden Monat hat der Vorstand eine Versammlung einzuberufen, in der nach Möglichkeit eine Vorlesung oder ein Vortrag stattfinden soll. Über den Vortrag soll diskutiert werden. Ferner hat der Vorstand die Mitglieder über ihre Pflichten in der „Vereinigung“ zu belehren.

In jedem Vierteljahr soll der Vorstand da, wo dies möglich ist, eine Agitationsversammlung einberufen.

§ 9.

Pflicht eines jeden Mitgliedes ist es, die Versammlungen regelmäßig zu besuchen. Ferner soll es neue Mitglieder für die „Polnische Berufsvereinigung“ werben, darauf achten, daß die Arbeitsvorschriften in den Werkstätten gut befolgt werden und unser Organ den Mitgliedern regelmäßig zugestellt wird.

§ 10.

Die Wahl des Filialvorstandes findet alljährlich im Dezember statt, wählen können nur die Mitglieder der betreffenden Filiale. Über die erfolgte Wahl ist ein genaues Protokoll zu fertigen und dem Abteilungsvorstande einzureichen.

§ 11.

Der Ausschuß hat genaue Aufsicht und Kontrolle über die Arbeit des Vorstandes zu führen und ihm

in wichtigen Sachen mit Rat zur Seite zu stehen. Die Mitglieder des Ausschusses vertreten in den Versammlungen die Vorstandsmitglieder, falls irgend einer nicht anwesend ist.

§ 12.

Die Wahl des Vorstandes des Ausschusses und der Kassenrevisoren in den Filialen bedarf der Bestätigung des Abteilungsvorstandes. Im Falle der Nichtbestätigung kann man sich an den Zentralvorstand wenden.

§ 13.

In den Vorstand und Ausschuss können nur volljährige Mitglieder gewählt werden, die schon längere Zeit Mitglieder sind.

§ 14.

In jeder Quartalsversammlung werden zwei Kassenrevisoren gewählt, die verpflichtet sind, jeden Monat die Kasse und die Marken in der Filiale zu revidieren. Entdeckte Unordnungen sind in der nächsten Versammlung vorzustellen, der Abteilungsvorstand ist darüber zu informieren.

Aus dem Streifreglement der Polnischen Berufsvereinigung.

§ 2.

Unter keiner Bedingung ist es Mitgliedern ohne Genehmigung des Abteilungsvorstandes und des Zentralvorstandes gestattet, mit Forderungen aufzutreten oder den Streik zu beginnen. Für die aus einer solchen Erwerbsbewegung oder einem Streike sich ergebenden Folgen übernimmt die Polnische Berufsvereinigung keine Verantwortung, die Streikenden haben kein Recht auf Streikunterstützung.

§ 3.

Wenn Mitglieder die Absicht haben, mit den Arbeitgebern in irgend welche Verhandlungen zu treten oder Forderungen an sie zu stellen, müssen sie wenigstens einen Monat vorher den Abteilungsvorstand davon benachrichtigen; dieser teilt dies alsdann, wenn es sich um mehr als zehn Mitglieder handelt, dem Zentralvorstande mit. Die Forderungen dürfen den Arbeitgebern vor der vom Abteilungsvorstande eingegangenen Antwort nicht vorgelegt werden, bei mehr als zehn Mitgliedern dagegen ist die Antwort des Zentralvorstandes abzuwarten.

§ 4.

Wenn beim Zentralvorstande oder beim Abteilungsvorstande mehrere Streike zugleich angemeldet sind, dann wird den Streikenden der Vorzug gegeben, bei denen es sich um eine Verkürzung der Arbeitszeit handelt.

§ 5.

In solchen Ortschaften, in denen seitens der Polnischen Berufsvereinigung nur einzelne Mitglieder in Frage kommen, hat der Ortsvorstand mit den Mitgliedern die Angelegenheit zu besprechen und dem Abteilungsvorstande über die Lage zu berichten.

§ 6.

In Ortschaften, in denen außer der Polnischen Berufsvereinigung noch andere Organisationen in Frage kommen, hat sich der Filial-Vorsitzende mit ihnen zu verständigen, bevor sie die Forderungen stellen. Von dem Ergebnis der Verhandlungen mit den anderen

Organisationen ist sofort der Abteilungsvorstand zu benachrichtigen. Der Vorstand kann selbst mit den anderen Organisationen weitere Verhandlungen anknüpfen oder solches dem Bezirkssekretär überlassen.

§ 7.

Bei größeren Streiken hat der Abteilungsvorstand seinen Vertreter nach dem Ort des Streiks zwecks Leitung desselben zu entsenden. Der Vertreter hat den Zentralvorstand über den Verlauf des Streiks genau zu informieren.

§ 8.

Wenn die an Ort und Stelle zum Zwecke des Vergleiches unternommenen Bemühungen erfolglos waren, sodaß es zum Streik kommen mußte, und wenn von seiten des Abteilungsvorstandes und des Zentralvorstandes der Ausbruch des Streiks als gerechtfertigt anerkannt worden ist, muß sofort eine Versammlung der Streikenden einberufen und ein Streikbureau eingerichtet werden; gleichzeitig muß eine Kommission zur Leitung des Streiks gewählt werden. Die Kommission hat sofort ein Verzeichnis der Streikenden aufzustellen. Versammlungen der Streikenden haben in der Woche wenigstens zweimal stattzufinden, in denen die Lage des Streiks und die weiter zu unternehmenden Schritte zu besprechen sind. An diesen Versammlungen sollen alle Streikenden teilnehmen. Jede Woche hat die Streikkommission an den Zentralvorstand und die Abteilung einen Bericht über die Lage der Sache zu senden. Wenn die Kommission im Laufe der Woche an den Abteilungs- oder Zentralvorstand einen Bericht nicht absendet, dann hat der Vorstand das Recht, den Leitern des Streiks die Streikunterstützung vorzuenthalten.

§ 9.

Alle Streikenden sind verpflichtet, sich den Beschlüssen des Abteilungs- und Zentralvorstandes und denen der den Streik leitenden Kommission zu fügen. Wer sich den Beschlüssen nicht fügt oder wer die ihm aufgetragene Arbeit, die den Streik betrifft, nicht verrichtet, dem kann die Unterstützung vorenthalten werden.

§ 13.

Das Ausgeben einer Liste zwecks Sammelns von Streikgeldern kann nur nach vorhergehender Verständigung mit dem Zentralvorstande geschehen.

Aus Nr. 40 des Robotnik (Posen)

vom 8. Oktober 1911:

Piotronki bei Kolmar.

Neuer Verein.

Die erste Versammlung des Arbeitervereins, welcher mit Hilfe einer Kurrende gegründet wurde, fand am Sonntag, den 1. Oktober, in Piotronki statt. Die Versammlung eröffnete der Bizepatron, Graf Bniniski; das erste Protokoll nahm der Geistliche, Patron Palacz aus Kolmar, auf. Der Bizepatron begrüßte die Mitglieder und Gäste, besonders die Damen des Gutes, sowie den geistlichen Generalsekretär, welcher den Mitgliedern in längeren Ausführungen den Zweck und die Aufgaben unserer Vereine klarlegte. Vorsitzender des neuen Vereins ist Herr Franz Adamski, Schriftführer Herr Johann Jaworski, Kassierer Herr Lorenz Kurek, Beisitzer sind die Herren Martin Bialkowski und Martin Januchowski. Das Eintrittsgeld beträgt 25 Pf. und der Monatsbeitrag 20 Pf. Die Versammlungen finden jeden zweiten Sonntag im Monat um 7 Uhr abends statt.

Der geistliche Patron forderte die Mitglieder zur eifrigen Erfüllung der Pflichten auf und gab über manche Einzelheiten aus den Ausführungen des geistlichen Generalsekretärs Erklärungen, welche letzterer zum Schluß dem Ortsgutsherrn für die unternommenen Bemühungen um die Gründung des Vereins dankte und im Namen des Verbandes dem neuen Verein die herzlichsten Wünsche für die weitere Entwicklung darbrachte.

Aus Nr. 40 des Robotnik (Posen)
vom 8. Oktober 1911:

Lissa.

Am Sonntag, den 1. Oktober, fand die Generalversammlung unseres Vereins statt. Die Tätigkeit war im vergangenen Jahre erfolgreich. Gegenwärtig zählt der Verein 188 Mitglieder. Dank der energischen Agitation der Vertrauensmänner und den Agitationsaufrufen des Verbandes gewann der Verein 34 neue Mitglieder. Es fanden 19 Versammlungen und 14 Vorträge statt. Der Stand der Kasse ist günstig.

Das Vereinsvermögen beträgt 2380,86 Mark. Die Bibliothek, welche im vergangenen Jahre vergrößert wurde, wurde von 110 Mitgliedern benutzt. Die gemeinschaftliche Kommunion empfing unser Verein zweimal. Für die Arbeiter fand eine Kollektion statt, ebenso unternahm der Verein zum ersten Male eine Pilgerfahrt nach Gorka Duchowna. Mit großer Freude begrüßten die Mitglieder die Kunde, daß der in einer der letzten Versammlungen berührte Gedanke sich auch verwirklicht hat: der Verein erwerbstätiger Frauen wurde am 25. September gegründet. Eine angenehme Überraschung war auch für uns der Vorschlag des geistlichen Vizepatrons, daß er im November für unsere Vereinsmitglieder besondere Unterhaltungen abzuhalten gedenkt, um die Mitglieder mit den Vorschriften der Reichsversicherungsordnung bekannt zu machen. Bei dieser Gelegenheit erinnern wir die Mitglieder, daß die Versammlungen im Winterhalbjahr um 4 Uhr nachmittags stattfinden.

Der Vorstand.

Aus Nr. 232 des Lech (Gnesen)
vom 10. Oktober 1911:

Eine Filiale der Maurer

der Polnischen Berufsvereinigung ist gestern in Gnesen gegründet worden. Als Vertreter des Hauptvorstandes war Herr Krystkowiak aus Posen erschienen.

Aus Nr. 228 des Dziennik Bydgoski (Bromberg)
vom 4. Oktober 1911:

Man teilt uns von vielen Seiten mit, daß die Briefträger ungern Bestellungen auf den Dziennik Bydgoski entgegennehmen und Schwierigkeiten machen, weil unsere Zeitung täglich erscheint und sie deshalb mit ihr mehr Arbeit haben als mit einer Zeitung, die dreimal in der Woche erscheint.

Unsere geehrten Leser bitten wir, uns über jeden Fall, in welchem der Briefträger derartige Schwierigkeiten macht, Mitteilung zu machen. Wir bitten um genaue Angabe des Namens des Briefträgers, des Datums des Vorfalls und möglichst um Benennung von Zeugen. Wir werden uns dann einen solchen Herrn genau ansehen und ihm Verstand beibringen.

Aus Nr. 233 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 12. Oktober 1911:

Sehr nötig ist ein Arzt für

Klesko

und zwar recht bald. Die Umgegend ist polnisch. Eine gute Position ist gesichert. Von angesehenen Seite her verbürgt man, daß ein polnischer Arzt von vornherein auf 7000 Mk. rechnen kann. Mit näheren Informationen dient die Redaktion unseres Blattes.

Aus Nr. 230 des Lech (Gnesen)
vom 7. Oktober 1911:

Ein unerhörter Mangel an Nationalgefühl.

Man schreibt uns aus Lefno:

Seit langen Jahren stand an der Spitze unserer Gemeinde ein polnischer Schulze, bis in diesem Jahre ein deutscher Protestant seine Stelle einnahm. Bei der Schulzenwahl, die am 29. September d. J. stattfand, gaben zwei polnische Bürger, die Herren Czarniecki und Szmulka, ihre Stimmen einem Deutschen, wodurch dieser den Sieg errang. Diese Herren spitzten sich beide auf das Schulzenamt, und da man ihre Kandidatur nicht aufgestellt hatte, rächten sie sich auf die Art, daß sie das Schulzenamt fremden Händen auslieferten.

So hat also die Zanksucht, durch die sich unsere Vorfahren zur Zeit der Republik auszeichneten, auch heute noch ihre Befenner. Scham und Schande jenen, die persönlicher Rücksichten oder Aussichten wegen der gesamten Sache Schaden zufügen! Und in diesem Falle haben dies nicht die ersten besten Leute getan. Herr Czarniecki hält sich für einen großen Patrioten, paradiert in der Maciejowka, Herr Szmulka wiederum ist Mitglied des Kirchenvorstandes und Vorsitzender des Industrievereins. Es handelt sich weniger darum, daß er angeblich die deutsche Ausstellung in Posen besichtigt hat, die zur Vernichtung der polnischen Industrie veranstaltet worden war, aber daß er Hand in Hand mit unsern Allerherzlichsten gegen den eigenen Landsmann und gegen die Volksgeamtheit geht, das ist schon offenes nationales Renegatentum, das ist, um mit den Worten unseres Dichters zu sprechen, der vergiftete Geist der Nation. Augenscheinlich haben wir noch zu wenig Schläge erhalten, da wir es nicht verstehen, untereinander in Frieden zu leben, da wir die nationale Solidarität mißachten, da wir zankfüchtig sind, wie in der alten guten Zeit.

Wehe uns, wenn wir uns nicht bessern! Es wartet unser der unvermeidliche Untergang!

Aus Nr. 227 des Dziennik Bydgoski (Bromberg)
vom 3. Oktober 1911:

Gryn, den 29. September.

Am 30. Juli d. J. ist in Gryn ein weiblicher Turnverein „Sokol“ gegründet worden, dem sofort 20 Damen beigetreten sind. Gegenwärtig zählt der weibliche „Sokol“ 24 Mitglieder, von welchen 18 bis 22 die Übungen regelmäßig besuchen.

Dies ist eine für uns sehr erfreuliche Tatsache. Leider entwickelt sich nicht im gleichen Maße der 23 Mitglieder zählende männliche Sokol. Zu den Versammlungen erscheinen 10 bis 15 Mitglieder, zu den Übungen, es ist eine Schande, dies schreiben zu müssen, 2 bis 5 Mitglieder. Das ist traurig aber wahr.

Unsere Jugend zieht es vor, ihre freie Zeit in Aneipen beim Karten- oder Billardspiel zu verbringen, anstatt zu den Versammlungen und Übungsabenden zu erscheinen, die ihr nicht nur physische, sondern auch geistige Vorteile bringen würden.

Aus Nr. 9 des Przegląd Oświatowy (Posen)
vom 1. September 1911:

In Sachen der Vorlesungen.

Die Kreiskomitees des Volksbibliothekenvereins in Posen werden aufgefordert, in der Zeit vom Oktober bis Ende März regelmäßig Volksvorträge in allen Städten und Städtchen zu veranstalten. Von Zeit zu Zeit müssen auch Referenten nach den Dörfern entsandt werden, damit wenigstens in jedem Dorfe, in dem sich eine Bibliothek befindet, im Jahre ein Vortrag gehalten wird.

Die Berichte über die veranstalteten Vorträge werden im Juli den Berichten der Bibliotheken beigefügt.

Wir bringen hiermit zur Kenntnis, daß der Hauptvorstand eine Vortragskommission ins Leben gerufen hat, welche den Referenten die Arbeit erleichtern soll.

Die Vortragskommission hat einen Katalog herausgegeben, der Material für die Vorträge enthält; in den nächsten Tagen wird der Katalog allen Interessenten zugestellt werden. Ferner hat die Kommission eine Sammlung von rechtlich-politischen Vorschriften vorbereitet, welche sich auf die öffentlichen Vorträge usw. beziehen.

Der Vorstand des Volksbibliothekenvereins
in Posen.

Aus Nr. 20 der Gazeta dla Kobiet (Posen)
vom 8. Oktober 1911:

Ein neuer Verbandsverein. Verein erwerbstätiger Frauen St. Anna zu Lissa.

Die erste Vereinsversammlung fand am Montag, den 25. September 1911 um 8 Uhr im Saale des katholischen Vereinshauses statt. Der Geistliche, Dekan Tąch, eröffnete die Versammlung und begrüßte herzlich die zahlreich versammelten Arbeiterinnen und die Damen der Intelligenz, die ebenfalls zahlreich erschienen waren.

Nach Verlesung der Tagesordnung erklärte der Generalsekretär, Geistlicher Grzenda aus Posen den Zweck, die Aufgaben und den Wirkungskreis des Vereins, worauf auf allgemeinen Wunsch beschlossen wurde, in dem Verein erwerbstätiger Frauen energisch zu arbeiten und sich dem Verbandsverbande erwerbstätiger Frauen in Posen anzuschließen. Der Verein zählt gegenwärtig 83 Mitglieder. Das Patronat übernahm Geistlicher Dekan Tąch und Geistlicher Geslaus Stark. Die Versammlungen finden jeden ersten Sonntag im Monat statt.

Dem neuen Verbandsverein viel Glück!

Aus Nr. 20 der Gazeta dla Kobiet (Posen)
vom 8. Oktober 1911:

Der Verein Oswiata in Samter veranstaltet vom 22. bis 29. November d. J. eine Ausstellung für Frauenhandarbeiten. Um Teilnahme anderer Vereine, welche

dem Verbandsverbande erwerbstätiger Frauen angehören, wird gebeten. Die für die Ausstellung bestimmten Gegenstände bitten wir bis zum 19. November an den Geistlichen Puz in Samter einzusenden.

Der Vorstand.

Aus West- und Ostpreußen.

Aus Nr. 120 der Gazeta Grudziadzka (Graudenz)
vom 7. Oktober 1911:

Wir erfahren, daß der **Abgeordnete Kulerski** sich endgültig entschlossen hat, ein Abgeordnetenmandat nicht mehr zu übernehmen. Unser Verleger wird auch in kürzester Zeit in einem offenen Brief an seine Wähler diesen seinen Entschluß näher erklären.

Aus Nr. 117 der Gazeta Gdańska (Danzig)
vom 30. September 1911:

Die Gleichberechtigung der Danziger Polen in der Kirche.

Die Polen in Danzig bemühen sich, wie bekannt, schon seit einer Reihe von Jahren um die Einführung polnischer Gesanges während des Gottesdienstes um acht Uhr morgens in der St. Nikolai-Kirche, nach welchem die polnische Predigt gehalten wird. Es sind schon mehrere Deputationen sowohl zum Propst als zum Bischof nach Pöplin geschickt worden, doch immer erfolglos.

Nach längerer Unterbrechung haben die Danziger Polen wiederum eine Deputation entsandt, die am vergangenen Donnerstag dem Domherrn Spors, Propst an der St. Nikolai-Kirche, die berechtigten Wünsche des Danziger Polentums vorgetragen hat. Der Herr Domherr hat die Deputation sehr höflich empfangen und nach ihrer Anhörung versichert, daß er selbst nichts tun könne, da hierzu eine Anordnung der bischöflichen Behörde erforderlich sei. Im übrigen bestritt er die Notwendigkeit der Einführung polnischer Gesanges einmal deswegen, weil die Polen die Messe sehr wenig besuchten, und zweitens deswegen, weil sie doch genug polnisch singen könnten, und zwar vor und nach der Predigt sowie nach dem Evangelium. Er bemerkte auch, daß die Polen in den polnischen Pörochien, wenn für die deutschen Katholiken deutsche Andachten eingeführt wurden, dagegen häufig scharfe Agitationen und Proteste veranstalteten.

Schließlich riet Herr Domherr Spors, daß die Polen ihre Wünsche schriftlich formulieren und an den Bischof eine Petition schicken sollten. Auf die Bemerkung eines delegierten Polen, daß es vielleicht besser wäre, eine Deputation zum Herrn Bischof zu schicken, riet der Herr Domherr davon ab, weil der Herr Bischof in Pöplin häufig nicht anwesend sei oder aber infolge Krankheit niemanden empfangen.

Schließlich einigte man sich dahin, sich an den Herrn Bischof zu wenden, und ein Delegierter hat den Herrn Domherrn, unsere berechtigten Wünsche der bischöflichen Behörde gegenüber zu unterstützen. Seine Antwort hierauf war so unklar, daß wir nicht wissen, ob er etwas versprochen hatte oder nicht.

Auf die Erklärung des Herrn Propstes, daß er nicht die Macht habe, irgend eine Änderung zu Gunsten der Minderheit einzuführen, erwidern wir, daß das, wie ein hiesiger Priester richtig bemerkt hat, geradezu Eigensinn ist. Als die Polen vor einigen Jahren zum Herrn Bischof eine Deputation mit der Bitte geschickt hatten, polnischen Gesang einzuführen, hat der Herr

Bischof geraten, sich an den zuständigen Propst zu wenden, denn nur der könne die Sache erledigen. Wir werden stets von Pontius zu Pilatus geschickt, aber weder der Herr Propst noch der Bischof denken daran, unsere berechtigten Wünsche zu berücksichtigen.

Auf den Vorwurf, daß die Polen die Messe nicht besuchen und immer eine deutsche Mehrheit in der Kirche sei, erwidern wir, daß es tatsächlich Leute gibt, die der ungünstigen Zeit (8 Uhr morgens) wegen nur die Predigt besuchen. Andere wiederum kommen deshalb nicht, weil es keinen polnischen Gesang gibt. Das sind aber nur Ausnahmen, denn als die Polen vor mehreren Jahren die die Kirche betretenden Personen gezählt hatten, zeigte es sich, daß die zur polnischen Predigt bleibenden Personen immer die Mehrheit bildeten. Die Deutschen bleiben doch niemals zur polnischen Predigt, eher die Polen zur deutschen.

Wir müssen also entschieden gegen die Geringschätzung der Gefühle der Katholiken polnischer Nationalität, die in der Erklärung des Herrn Domherrn liegt, als wenn die Polen schlechtere Katholiken wären, energisch protestieren. Die polnische Nation ist ihrer Frömmigkeit und der Anhänglichkeit zur katholischen Kirche wegen bekannt, und man kann ihr absolut nicht einen Mangel an Pflichtgefühl dem katholischen Glauben gegenüber vorwerfen. Man muß der polnischen Nation nur nicht seine angeborenen Rechte und die Gelegenheit zur Erfüllung ihrer Pflichten absprechen.

Daß die Polen gegen die Einführung deutscher Andachten in rein polnischen Parochien, wo ein Germanisator-Geistlicher dahin strebt, protestieren, darüber braucht man sich gar nicht zu wundern, und daraus darf man uns überhaupt keinen Vorwurf machen. Es ist auch bekannt, daß wenn sich in irgend einer polnischen Parochie ein deutscher Lehrer befindet, dieser Lehrer selbst für sich und seine Familie deutsche Andachten beantragen wird, wenn darunter auch die polnische Mehrheit leiden sollte. Es werden doch schon für 20—40 Deutsche regelmäßige Gottesdienste eingeführt, und was noch schlimmer ist, nicht nur daß diejenigen Deutschen, welche deutsche Andachten gefordert haben, sie nicht besuchen, sondern sie werden zahlreich vom polnischen Volke besucht. Um ihr Ziel zu erreichen, wenden die Deutschen die verschiedensten Mittel an; wir erinnern z. B. nur daran, daß sie sogar bei Polen Unterschriften für ihre Petitionen um Einführung deutscher Andachten sammeln. Deshalb darf man sich auch nicht darüber wundern, wenn die Polen gegen die unberechtigten Anmaßungen der Deutschen protestieren.

Was Danzig anlangt, so kann man die Sache nicht mit den Deutschen in polnischen Parochien vergleichen, denn in Danzig gibt es doch mehrere Tausend Polen. Schließlich haben wir nicht nur das Recht, ziemlich hohe Kirchenabgaben zu zahlen, sondern wir haben auch das Recht zu verlangen, daß man uns ebenso wie die Deutschen behandelt und unsere Rechte nicht kürzt.

Auf den Rat des Herrn Domherrn, unsere Wünsche schriftlich einzureichen, erwidern wir, daß das vergeblich wäre, denn wir wissen, daß man auf ein derartiges Schreiben nicht einmal Antwort erhält. Wir wissen doch, daß mit den zahlreichen Bittschriften der Polen, die während der Zeit des Schulstreiks nach Pielgrzym geschickt worden sind, die Türen im bischöflichen Palais geheizt wurden. Nach unserer Ansicht ist es besser eine Deputation zum Herrn Bischof zu schicken, und wenn die Sache nicht zu unserer Zufriedenheit erledigt werden wird, dann muß sie schließlich in Rom vorgebracht werden.

Aus Nr. 120 des Pielgrzym (Pielplin)

vom 5. Oktober 1911:

Ein

„Die Anordnung des Kardinals Kopp“

überschriebener Artikel des Pielgrzym schließt wie folgt:

Zum Schluß möge es uns erlaubt sein, unsere Ansicht auszusprechen, die keine Erklärung noch Anordnung ändern kann:

1. Jedem Propst steht das Recht zu, von seinen Bürgerpflichten in weitestem Umfange Gebrauch zu machen.
2. Die Propsteigebäude sind nach dem Gesetz Eigentum der Parochie, und über ihre Benutzung entscheiden die gesetzmäßigen Vertreter der Parochie.

Aus dem Elementarz Polski (polnische Fibel) — Beilage zu Nr. 113 der Gazeta Grudziadzka (Graudenz) vom 21. September 1911:

Liebe polnische Kinder!

Vorher habt ihr von den berühmten polnischen Königen gelesen. Wenn ihr gut polnisch lesen lernt, dann werdet ihr noch andere, viel schönere Bücher erhalten. Aus ihnen werdet ihr erfahren, daß die polnische Nation ehemals mächtig war. Heute hat sie kein eigenes Reich, aber trotzdem ist sie groß und berühmt.

Gegenwärtig leben mehr als 20 Millionen Polen in der Welt. Vor hundert Jahren hatten wir ein eigenes Reich, das größer war als das heutige Deutsche Reich. Wenn ihr die Geschichte der polnischen Nation kennen lernen werdet, dann werdet ihr erfahren, daß unsere Nation in gerechter Weise zu Macht und Ruhm gelangt ist, und nicht durch Raub und Plünderung. Unsere Könige und Krieger haben durch die Verbreitung und Verteidigung des heiligen Glaubens Ruhm erlangt.

Unser König Wladislaus Jagiello hat ohne Blutvergießen unter einigen Millionen Litauern den christlichen Glauben verbreitet. Unser König Johann Sobieski III. hat die Deutschen von der türkischen Macht befreit, er hat den deutschen Kaiser geschützt, obwohl er wußte, daß die Deutschen ihm die Rettung mit Undankbarkeit lohnen würden.

Ihr seid Polen, liebe Kinder, ihr braucht euch also dessen nicht zu schämen, sondern ihr müßt im Gegenteil stolz darauf sein, daß ihr Nachkommen einer alten und berühmten Nation seid.

Und warum ist die polnische Nation, die ehemals so groß und mächtig war, gefallen? Auch das werdet ihr einst in der polnischen Geschichte kennen lernen. Das ist aus dem Grunde erfolgt, weil es dem Volke an Aufklärung fehlte. Das polnische Volk wußte nicht, was der ganzen Nation drohte.

Als Polen zerrissen war, schien es unseren Feinden, daß die polnische Nation schon untergegangen sei und zu leben aufgehört habe. Doch sie haben sich sehr geirrt, denn es sind schon hundert Jahre seit der Teilung Polens vergangen, und unsere Nation lebt noch und wird Gott sei Dank immer größer und mächtiger. Und wer hat dieses Wunder vollbracht? Nur einzig und allein die Aufklärung.

Die Losung, daß „die Aufklärung des Volkes Wunder vollbringe“, ist aus dem Munde großer Männer unter das Volk gelangt, und als guter Samen ist sie auf fruchtbaren Boden gefallen und hat reiche Früchte getragen. Wer hat aber diese Losung unter das polnische Volk getragen, wer hat das polnische Volk lesen gelehrt?

Durch Bestimmung der Vorsehung sind nämlich unter der Nation weltberühmte Schriftsteller entstanden, wie Adam Mickiewicz, Julius Slowacki, und Sygmunt

Krajski, und ihrer Stimme haben hervorragende Männer, wie Karl Miarka, Ignaz Danielewski und Josef Chociszewski gefolgt, die mit Gottes Hilfe dem polnischen Volke die Aufklärung gebracht und es die polnische Sprache und das Vaterland lieben gelehrt haben. Und in den heutigen Zeiten hat jedenfalls Viktor Kulerski aus Graudenz, Verleger der Gazeta Grudziadzka und Reichstagsabgeordneter am meisten zur Aufklärung beigetragen. Nicht genug nämlich, daß er mit seiner annähernd in 100 000 Exemplaren verbreiteten Gazeta in die Hütten des armen Volkes gedrungen ist, hat er noch Zehntausende sehr lehrreicher und nützlicher Bücher ganz kostenlos unter dem Volke verteilt, wie kirchliche und weltliche Liederbücher, Briefsteller, und besonders die Geschichte des polnischen Volkes, wodurch die Aufklärung und das nationale Selbstbewußtsein unter dem Volke erheblich gewachsen sind. Das größte Verdienst hat sich aber der Abgeordnete Kulerski zweifellos dadurch erworben, daß er durch die Herausgabe des besonderen Blättchens *Przyjaciół Działowy* (Kinderfreund) die polnische Kinder zum Lesen bewogen hat.

(Folgt eine Abbildung des Reichstagsabgeordneten Kulerski.)

Auch die vorliegende Fibel habt ihr, liebe Kinder, von dem Abgeordneten Kulerski als Geschenk erhalten, damit ihr leichter polnisch lesen lernen könnt, und nachdem ihr es gelernt habt, den *Przyjaciół* mit Nutzen lesen könnt und, durch ihn vorgebildet, zu aufgeklärten, guten und wackeren Polen heranwachset.

Mit solcher Sorge und Liebe umgibt also der Abgeordnete Kulerski die polnischen Kinder, und er fordert als Gegenleistung, als Belohnung für seine Mühe und Kosten nur das eine, daß ihr fleißig polnisch schreiben und lesen, die polnische Geschichte und polnische Lieder lernt, immer der Trost und Stolz eurer Eltern sein möget und zu wackeren Söhnen sowie treuen Töchtern unseres polnischen Vaterlandes und der hl. Kirche heranwachsen möchtet.

Aus Oberschlesien.

Aus Nr. 226 des Gornoslazak (Kattowitz)
vom 1. Oktober 1911:

Die politische Lage im Kreise Ratibor.

Infolge des Todes des Kononikus Dr. Frank des bisherigen Abgeordneten des Kreises Ratibor, müssen in diesem Bezirk Ersatzwahlen stattfinden. Ihr Termin ist auf den 27. Oktober festgesetzt worden. Der Kreis Ratibor wird also in kurzer Zeit zweimal zur Wahlurne schreiten müssen. Wir Polen können damit zufrieden sein, denn die Zeit der Wahlen, während welcher der Mauthorparagraph außer Kraft tritt, eignet sich am besten dazu, das nationale Selbstbewußtsein im polnischen Volke zu wecken. Wir hegen die Hoffnung, daß unsere Landsleute diese Gelegenheit ausnützen und möglichst viele Versammlungen veranstalten werden.

Für die Zentrumsleute ist die Lage im Wahlkreise Ratibor äußerst schwierig. Gerade Ratibor bildet heut den Mittelpunkt des Kampfes im Schoße der Zentrumsparthei, des erbitterten häuslichen Krieges zwischen den Berlinern und Kölnern. Am vergangenen Montag hat hier eine Versammlung geistlicher und weltlicher Zentrumsleute der Berliner Richtung stattgefunden, die öffentlich mittelbar die Tätigkeit des offiziellen Zentrums verdammen, da diese mit den Interessen und Grundsätzen der katholischen Kirche nicht völlig in Einklang zu bringen ist. Sie wollen anstatt dessen in ganz Deutschland eine Aktion des

Inhalts beginnen, daß die Zentrumsparthei eine rein katholische Politik in enger Anlehnung an die katholische Kirche und ihr Haupt treiben soll. Unter diesen Verhältnissen werden die Zentrumsleute uns Polen im Wahlkampfe nicht vorwerfen können, daß wir nicht Katholiken sind, sie werden sich auch nicht rühmen können, die einzigen und wahren Katholiken zu sein, da sie doch selbst das offizielle Zentrum hinsichtlich seines katholischen Charakters als verdächtig verdammen. Mit dieser Wendung der Angelegenheit können wir Polen aufrichtig zufrieden sein, denn dies erleichtert uns den Kampf um das Mandat und nimmt den Zentrumsleuten die Möglichkeit, gegen die Polen bezüglich ihres katholischen Charakters Verdächtigungen zu schleudern.

Die Wahl ihres Kandidaten hat den Zentrumsleuten große Schwierigkeiten bereitet. Um das Mandat bewarb sich der Landtagsabgeordnete Geistliche Stanke, aber da er ein Anhänger der Kölner war, wurde seine Kandidatur fallen gelassen. Auch die Kandidatur eines zweiten hervorragenden Geistlichen erfuhr eine Niederlage. Am vergangenen Donnerstag fand eine Sitzung des Zentrumskomitees statt, in welcher der Zentrumskandidat endgültig ernannt werden sollte. Das Ergebnis dieser Sitzung erwartete man mit einer gewissen Neugier, denn von der Person des Zentrumskandidaten hing in gewissem Grade der Erfolg des polnischen Kandidaten ab. Ein gewisser Teil der Zentrumsleute stellte die Kandidatur des Grafen Oppersdorff auf, aber diese ist augenscheinlich fallen gelassen worden, denn die heutigen Zeitungen teilen mit, daß zum Zentrumskandidaten, der halb germanisierte Bauer und Stadtverordnete Sapleta aus Ratibor ernannt worden ist. Heute können wir sagen, daß auch diese Kandidatur Sapletas für uns Polen in hohem Grade bequem ist. Wenn die Zentrumsleute den Grafen Oppersdorff als Kandidaten präsentiert hätten, dann wäre dies eine für uns äußerst unbequeme Kandidatur gewesen. Jeder Pole muß nämlich zugeben, daß die Haltung des Grafen Oppersdorff in der polnischen Frage eine völlig korrekte ist, daß seine Kandidatur also den Zentrumsleuten den Wahlkampf ganz unerleichtert hätte, weil sie den Polen viele Argumente gegen das Zentrum genommen hätte. Die Kandidatur des Grafen Oppersdorff wäre auch eine Demonstration gegen die Politik der Herren Dr. Borsch und Glowacki gewesen, die im Schoße der Zentrumsparthei bekanntlich stets Anhänger des antipolnischen Kurses gewesen sind, und zu denen bekanntlich Graf Oppersdorff im schärfsten Gegensatz steht. Zu unserm Glück haben die Zentrumsleute die Kandidatur des Grafen Oppersdorff nicht aufgestellt und haben sich mit einem Manne mit solchem politischen Gepräge wie Herr Sapleta begnügt. Sie wollen die Zentrumsleute in Berlin um eine Null vermehren, denn bis jetzt sitzen in Berlin aus Oberschlesien nur Zentrumsleute, vor denen auch nicht ein einziger Einer steht. Und auch das ist ein gutes Zeichen, denn die Kandidatur des Herrn Sapleta wird der schlesischen Zentrumsparthei in Berlin weder Achtung noch Ansehen bringen. Wir wissen sehr gut, daß man im Schoße der Zentrumsparthei in Berlin heute mit einem gewissen Mitleid auf die Politiker der schlesischen Zentrumsleute herabblickt, die solche „Politiker“ wie den Geistlichen Glowacki und den Herrn Sapleta für ihre fähigsten Leute halten und mit Mandaten beschenken. Die Kandidatur des Herrn Sapleta ist ein Beweis für den völligen Bankrott der ober-schlesischen Zentrumsleute.

Die Kattowitzern haben die Kandidatur des Kreisbaumeisters Herrn Holuszka aufgestellt. Er ist ein verdächtiger Mähre und kann als solcher, wie auch als abhängiger Mensch, kein anziehender Kandidat sein.

Als polnischer Kandidat ist am Mittwoch Propst Banas aus Lubowic aufgestellt worden. Wir erklären offen, daß diese Kandidatur unter den heut im Kreise herrschenden Verhältnissen eine äußerst glückliche ist, denn Propst Banas bietet dem polnischen Volke viel mehr Garantien als Herr Sapleta, daß er die Interessen des polnischen und mährischen Volkes in Berlin wacker verteidigen wird. Auch in katholischer Hinsicht bietet der Propst Banas dem polnischen und mährischen Volke größere Sicherheit als ein solcher Herr Sapleta. In nationaler Hinsicht bietet Propst Banas als offener Pole sowohl den Polen als auch den Mähren größere Sicherheit, daß er die nationalen Rechte beider Nationalitäten energisch verteidigen wird, als ein solcher Herr Sapleta, der sich selbst freiwillig verdeutsch hat und allgemein als ein so guter Deutscher gilt, daß der katolische „Anzeiger“ ihn in Schutz nimmt.

Die Reihen sind heut zum Kampf aufgestellt. Es bleiben uns knapp vier Wochen bis zum Wahltermin. Die Zeit ist zwar kurz, reicht aber dazu aus, das polnische und mährische Volk darüber aufzuklären, daß es nur für den Propst Banas stimmen darf. Gegen wir die Hoffnung, daß unsere Landsleute alles tun werden, was in ihren Kräften steht, damit wir schon im ersten Wahlgange den Sieg erringen. Die Erstwahlen im Bezirke Ratibor könnten eine Vorbedeutung für das Ergebnis der künftigen Wahlen in Oberschlesien haben.

Aus Nr. 116 des Glos Slaski (Gleiwitz)
vom 28. September 1911:

Seine Eminenz Kardinal Kopp und die Tätigkeit der Geistlichkeit.

Das amtliche Kirchenblatt für die Diözese Breslau veröffentlicht in der letzten Nummer nachstehenden Erlass des Fürstbischöflichen Ordinariats:

„Infolge hohen Erlasses Seiner Eminenz weisen wir darauf hin, daß es den Geistlichen nicht erlaubt ist, die Propsteien und Propsteiländereien zur Abhaltung politischer Agitationsversammlungen herzugeben, und daß es eine bedauernswerte Schädigung des seelsorgerischen Einflusses des Propstes in der Parochie darstellt, wenn Geistliche ohne Genehmigung des Propstes in seiner Parochie Wahl- und Agitationsreden halten.“

Dieser Erlass besteht aus zwei Teilen: Zuerst verbietet Seine Eminenz der Kardinal Kopp den Präpsten, ihre Gebäude und Pfarrländereien zu politischen Agitationsversammlungen herzugeben. Dann wünscht Seine Eminenz der Kardinal Kopp nicht, daß Geistliche in den Parochien anderer Geistlichen ohne Genehmigung dieser Geistlichen, in deren Parochien Reden gehalten werden sollen, Wahl- und Agitationsreden halten.

Der erste Teil des Erlasses spricht nur von Pfarrgebäuden und Ländereien, daß es nicht erlaubt ist, dort Versammlungen abzuhalten, oder daß es dort nicht erlaubt ist, in Versammlungen über Politik zu sprechen. Man wird also über Politik nicht mehr reden dürfen in Kirchen, Parochialhäusern und Sälen, ferner an solchen geweihten Stellen wie auf der St. Annenhöhe. Es würde gut sein, wenn dasselbe amtliche Kirchenblatt zu diesem Erlass eine ausführliche, klare und deutliche Erläuterung bringen würde, damit alle Diözesanen genau wissen, was erlaubt und was nicht erlaubt ist.

Auch der zweite Teil des Erlasses erfordert eine solche amtliche Erläuterung, denn wenn dieser Teil des Erlasses alle Geistlichen ohne Ausnahme treffen würde,

d. h. auch die Geistlichen-Abgeordneten, dann würden unter diesen Verhältnissen die polnischen Geistlichen ihre bürgerlichen Pflichten nicht mehr gehörig erfüllen können. Alle Geistlichen haben nämlich volle bürgerliche Rechte und können auch zu Abgeordneten für den Landtag und den Reichstag gewählt werden. Als Abgeordneten-kandidaten haben sie die Pflicht, sich ihren Wählern in Versammlungen vorzustellen, und als Abgeordnete haben sie die Pflicht, über ihre parlamentarische Tätigkeit Bericht zu erstatten, d. h. vor ihren Wählern über Politik zu sprechen. Das ist die eine Seite der Medaille.

Andererseits ist es allgemein bekannt, daß es sehr vielen Geistlichen vom Zentrum nicht einmal im Traum einfallen würde, einem polnischen geistlichen Abgeordneten die Erlaubnis zu erteilen, in ihrer Parochie in einer Versammlung zu sprechen, wenn diese Erlaubnis von ihrem eigenen Gutdünken abhängen würde. Es ist also klar, daß die polnischen geistlichen Abgeordneten und die geistlichen Kandidaten in vielen Fällen ihre Pflicht nicht werden erfüllen und die bürgerlichen Rechte nicht in vollem Umfang werden ausnützen können, die jedem, auch dem geringsten Parochianen zustehen. Deshalb erfordert auch der zweite Teil des Erlasses eine genauere Fassung und Erläuterung, damit die Unklarheit nicht zu Mißbräuchen Veranlassung gibt.

Aus Nr. 29 der Nowiny (Oppeln)
vom 5. Oktober 1911:

Zu der Anordnung des Kardinals Kopp,

daß Geistliche in fremden Propsteigebäuden nur mit Genehmigung des Ortsgeistlichen als Wahlredner auftreten dürfen, schreiben die Nowiny u. a.:

Sie (die Abgeordneten-Geistlichen) werden weiterhin ihre Pflichten als Abgeordnete, Führer und Verteidiger des polnisch-katholischen Volkes erfüllen. Denn es ist doch unmöglich, daß der Herr Kardinal Kopp mit zweierlei Maß messen und unseren Geistlichen-Abgeordneten das verbieten sollte, was den deutschen Geistlichen-Abgeordneten erlaubt wird.

Wir sind überzeugt, daß unser Volk das nicht mit Ruhe hinnehmen würde, sondern daß das ganze polnisch-katholische Volk sehr erbittert werden würde, wenn es dem polnischen Geistlichen unmöglich gemacht werden sollte, das polnisch-katholische Volk zu verteidigen, während es den im deutschen Geiste wirkenden Geistlichen gestattet werden würde.

Hier wird mancher sagen, daß in der Anordnung des Herrn Bischofs davon gar nichts stehe, daß diese Erschwerung nur unsere Geistlichen-Abgeordneten betreffen sollte. Das ist ja richtig, aber es gibt kein einziges deutsches Blatt, das diese Anordnung anders deutete, im Gegenteil, alle Blätter, aber am meisten die katolischen, triumphieren geradezu, daß das ein gegen die polnische Bewegung gerichteter Schlag sei.

Man kann schon jetzt erkennen, nach welcher Seite dieser Schlag beabsichtigt war. Hoffen wir wenigstens, daß diese Anordnung in der Praxis niemals Anwendung findet.

Das Volk ist zu den Priestern, die seine natürlichen und übernatürlichen Rechte verteidigt, sehr anhänglich, denn es sieht, daß aus ihren Herzen keinerlei Haß oder Bosheit spricht, sondern einzig und allein eine tiefe Liebe zum polnischen Volke; und sie sehen sehr gut ein, daß das schlesische Volk eine aufrichtige Anhänglichkeit zur katholischen Kirche und ihren Priestern

befügt, aber andererseits müssen sie zusehen, wie mit der Germanisierung Gleichgültigkeit oder sogar völliger Verlust des Glaubens Hand in Hand geht.

Deshalb könnte man es nicht genug bedauern, wenn die Anordnung des Bischofs die segensreiche Arbeit unserer Geistlichen-Abgeordneten unmöglich oder auch nur erschweren sollte.

Aus Nr. 200 der Gazeta ludowa (Rattowitz D.-Schl.) vom 11. Oktober 1911:

„Es ist eine nationale Pflicht, seine Nationalität zu verteidigen.“

In diesen Tagen legte in Dresden der sogenannte XVI. „Caritastag“, der sich mit sehr weittragenden Angelegenheiten, wie der Jugendfürsorge, der Vormundschaftsangelegenheit, der Emigration und sehr vielen anderen Sachen beschäftigte. U. a. hat auch der Prälat Werthmann ein Referat gehalten. Die Kölnische Volkszeitung schreibt über dieses Referat: „Mit Begeisterung eines Patrioten habe Prälat Werthmann in der zweiten Sitzung gesprochen, welche über die Schicksale unserer Stammesbrüder außerhalb der Grenzen Deutschlands beraten habe. Es lebten außer 15 Millionen Deutschen in Österreich, Luxemburg und der Schweiz noch 17 Millionen Deutsche in anderen Ländern. Diese dem Deutschtum zu erhalten, sei eine erhabene nationale Pflicht.“

Wer würde solche Worte wohl nicht unterschreiben? Wozu Gott einen Menschen erschaffen hat, das soll er auch bleiben. Doch wie viel anders stellt sich diese Sache dar, wenn es um die armen, verlassenen Polen geht. Wenn wir bestrebt sind, unser Volk vor der Germanisierung, vor dem Abfall vom Mutterstamm, ja noch mehr, vom Verlust des Glaubens zu bewahren, wenn wir unser Volk auffordern, alle von den Vätern ererbten Schätze zu bewahren, wenn wir die durch ererbten Schätze verbreitete Germanisation bekämpfen, die entgegen dem Willen Gottes aus dem Herzen des polnischen Volkes brutal das ausrotten, was ihm heilig ist, so werden wir dafür leidenschaftlich bekämpft! Und es bekämpfen uns dieselben Menschen, welche bei jeder sich bietenden Gelegenheit verkünden, daß es für jeden Deutschen eine nationale Tat, ja eine nationale Pflicht sei, seine Nationalität zu bewahren. Uns sagt man fortwährend, daß wir in Deutschland lebten, also jedes Gefühl der Zugehörigkeit zur polnischen Nation aus dem Herzen reißen sollten. Und doch hat für uns die nationale Sache eine noch größere Bedeutung. Bei uns geht es um Sein oder Nichtsein.

Wenn schon für einen Deutschen, den niemand denkt zu entnationalisieren, es eine nationale Pflicht ist, außerhalb der Grenzen des mächtigen Deutschlands ein nationaler Deutscher zu bleiben, mit welchem Recht erdreisten sich denn dieselben Faktoren, uns Verräter und verkehrte Menschen zu nennen? In lichten Augenblicken verkünden auch sie allerdings, daß auch wir das bleiben sollen, was wir sind, doch die Alltagspolitik lehrt uns etwas anderes! Die gerechtesten Deutschen verlangen allerdings nicht eine gewaltsame Germanisierung der Polen, doch man kann alltäglich sogar in deutschen katholischen Tagesblättern lesen, daß sie Gegner des Sakatismus seien, daß nur mit Sanftmut und auf langsamem Wege die deutsche Regierung und die Deutschen zur Verwirklichung ihres Zieles: zur Germanisierung des polnischen Volkes gelangen würden. Diese Blätter verdammen also nur die brutale Germanisierung.

Denselben Standpunkt vertritt auch das Zentrum, welches fortwährend spricht, daß die Regierung durch ihre Festigkeit alles verdorben hätte, daß früher nur die Schlachta polnisch gewesen sei — heute seien es auch die Oberschlesier. — Ein Geistlicher hat in der Zeitschrift „Die Wahrheit“ ebenfalls klar ausgesprochen, daß, wenn die Seelsorge klug ausgeübt werde, sie erfolgreich dazu beitragen würde, daß die polnische Jugend in den deutschen Geist hineinwachsen und langsam im Deutschtum aufgehen werde.

Das sind die Worte, und jetzt die Taten: Sie haben kürzlich ein Statut für die Jugendkongregation der Diözese Breslau — also auch für den polnischen Teil derselben — herausgegeben! Doch der würde irren, wenn er annehmen wollte, daß man darin auch die polnische Jugend berücksichtigt habe. Für gewisse Sphären existiert nämlich die polnische Jugend gar nicht mehr, sie hat kein angeborenes Recht an die Muttersprache trotz des Dekrets des Tridentinischen Konzils.

Si duo faciunt idem, non est idem. (Wenn zwei daselbe tun, so ist es doch nicht daselbe!) Uns wirft man Landesverrat vor, unsere Forderungen sehen sie als unerhörte Ansprüche an, unsere Wünsche werden einfach ignoriert. Und es muß hinzugefügt werden, daß wir doch auf unserm Erbteil sitzen, daß unsere Väter es nicht so sehr gewünscht haben, zu Deutschland zu gehören. Man hat sie gegen ihren Willen Deutschland einverleibt. So ist schon die deutsche Gerechtigkeit. Es scheint, daß sie es wünschen, daß wir immer Heloten, Sklaven ohne Recht bleiben sollen! Es regnet auf uns nicht nur Ausnahmegesetze, sondern auch von der Seite, wo man es gar nicht erwarten würde, seitens der kirchlichen Würdenträger, von welchen der heilige Paulus sagt, daß sie allen alles sein sollen, erhalten wir Schläge. Schreiben wir uns die Worte des Prälaten Werthmann ins Herz. Dem Volke die polnische Nationalität zu erhalten, ist eine erhabene nationale Pflicht. Und merken wir uns: Diejenigen, welche gegen uns mit Ausnahmegesetzen kämpfen müssen, mögen es auch Kardinalé sein, zeigen dadurch nur, daß ihre Sache schlecht steht! Denn nur die Gerechtigkeit ist das Fundament der Staaten. Noch lebt ein Gott über uns: Ein gerechter Gott. Der Mensch denkt und Gott lenkt.

Geistlicher H.

Aus Nr. 197 der Gazeta Ludowa (Rattowitz D.-S.) vom 7. Oktober 1911:

Das Fest des polnischen Liedes!

Das erste Fest des polnischen Liedes in Oberschlesien findet künftigen Sonntag in Zadowle statt. Wir hoffen, daß von allen Seiten Stammesbrüder auf dieses erste Fest des von unsern Gegnern so sehr verfolgten Liedes eilen werden.

Unsere Feinde wissen es, welche Macht das Lied besitzt, sie wissen es, daß das Lied durch seine Macht auf Herz, Sinn und Geist einwirkt, die tierischen Leidenschaften zügelt, und die arme Seele des Verbannten dieser Erde in höhere Sphären emporhebt. Die preußischen Behörden möchten alle edlen Regungen des polnischen Geistes vernichten, und daher regnet es für die Pflege unseres Liedes hohe Strafen.

Um so mehr müßten wir also um dieses polnische Lied, die polnische Musik Sorge tragen.

Bei uns singt alles. Die Erde, der Himmel, das Feld, der Wald, die Vergangenheit und die Zukunft —

alles spielt ein großes Lied, nur muß man imstande sein, dieses Lied zu hören und die Sprache dieser Töne, mit welchen das Leben und die Welt zu uns sprechen, verstehen.

Unser Lied spricht über alles und von allem. „Man hört das Rauschen der aus dem Grab fallenden Blätter, den Gesang des Vögelchens, das, auf dem Kreuze sitzend, sich die Tautropfen von den Flügeln abschüttelt, das Klingen der Sicheln und das Singen der sich zu Garben vereinigenden Ähren, das Schmieden der Senfen bei Raclawice, das Flüstern der Klagen in den Gefängnissen, das Kreischen der Galgen und das Mißhandeln in den Zwangsarbeitsanstalten. Eine schreckliche, gräßliche Musik des Märtyrertums der Nation, die deswegen, weil sie sich nicht töten lassen wollte, zu Füßen des Feindes sich in Schmerzen winden muß“, so sagte der Bischof Wandurski.

Das polnische Lied erhebt sich zum Himmel als Gebet, Klage, und ein Laut des Schmerzes vor den Thron unseres Schöpfers — wenn wir uns an Breschen und das Ausweisen unserer Brüder in die Verbannung — erinnern; unser Lied hallt in einem Siegeshymnus wider, als Bartosch mit seinen Kameraden die russischen Kanonen bei Raclawice erobert, als General Wenbrowski nach Polen zurückkehrt, unser Lied malt uns in Regenbogenfarben die Schönheit unseres Landes, wiegt mit Lust die Herzen der Geliebten.

Und dieses Lied möchten uns unsere Feinde wegnehmen! Aber das sollen sie nicht erleben!

Wir alle werden unser Lied, welches uns von der Wiege bis zum Grabe begleitet, die Tiefe des nationalen Herzens malt und das Leben der Nation besser als Bilder, Monumente und Geschichtswerke es vermögen, widerpiegelt, verteidigen — so Gott es will!

Eilen wir Sonntags in Scharen auf den Sängertag nach Zadole, um unserem polnischen Liede zu huldigen!

Aus Nr. 116 der Nowiny Raciborskie, (Ratibor),
vom 3. Oktober 1911:

Die Furcht hat große Augen.

Wie wir i. B. mitteilten, siedelt der Zentralvorstand der „Polnischen Berufsvereinigung“ nach Oberschlesien über und nimmt seinen Wohnsitz in Kattowitz.

Der Vorsitzende, Herr Adalbert Sosinski, erhielt vor einigen Tagen von dem Wirt, bei dem er eine Wohnung gemietet, ein deutsches Schreiben, das in der Übersetzung wie folgt lautet:

Kattowitz, 19. September 1911.

Geehrter Herr Sosinski!

Hierdurch muß ich Ihnen mitteilen, daß Sie die von mir gemietete Wohnung nicht beziehen können, weil Sie nach den durch mich eingezogenen Erkundigungen Großpole sind. In meinem Interesse als Kaufmann, insbesondere aber im Interesse meiner Familie und aller andern Einwohner muß ich das vermeiden. Ich bitte Sie daher, sich nach einer anderen Wohnung umzusehen. Mit dem Augenblicke des Empfanges des Briefes ist der zwischen uns geschlossene Kontrakt gelöst; ich hätte ihn nicht erst geschlossen, wenn Sie Ihre politischen Ansichten mir gegenüber nicht verschwiegen hätten.

Mit Achtung

Ludwig Niedzwiecki,
Kattowitz, Andreasstraße 8.

Aus obigem Schreiben kann man sich überzeugen, in welcher Abhängigkeit die verschiedenen Behörden die Bewohner Oberschlesiens halten.

Aus dem Innern und dem Westen Deutschlands.

Aus Nr. 230 der Dziennik Berliński (Berlin)
vom 8. Oktober 1911:

Ein kindischer Einfall.

Eine polnische Legion für die Türkei.

Man würde es nicht glauben wollen, wenn es nicht wahr wäre.

Das in Krakau erscheinende Revolverblatt *Ilustrowany Kurjer Codzienny* brachte zwecks Sensation und Reklame den wilden Gedanken der Schaffung von Legionen für die Türkei auf.

Das Blatt versichert, daß seine verrückte Idee namentlich unter der Jugend und auch in den Kreisen des angesehenen (!) Bürgertums mit Feuereifer aufgenommen worden sei.

Ein Krakauer Bürger hätte schon für die Equipierung und Entsendung „der Krakauer Legion“ auf den Kampfplatz 1000 Kronen gestiftet. Bisher hätten über 200 Freiwillige (!) den Wunsch geäußert, sich in die Krakauer Legion aufnehmen zu lassen.

Angeichts dessen hätte die Redaktion des *Ilustrowany Kurjer Codzienny* im Namen und im Auftrage der Interessierten an die türkische Gesandtschaft in Wien und den Kriegsminister in Konstantinopel eine umfangreiche Denkschrift mit der Bitte übersandt, für die Aufnahme der polnischen Legionäre (!) in die türkische Armee Direktiven und Aufnahmebedingungen zu erteilen.

Man müßte in der Tat verzweifeln über eine Gesamtheit, in welcher ein solcher verrückter Gedanke geboren werden konnte und sogar Anhänger und einen Wohltäter fand, der 1000 Kronen zur Equipierung von 200 Krakauer Legionären, die der Türkei in ihrem Kriege mit Italien zur Hilfe eilen wollten, stiftete. Sie werden sich wohl auf den nichtexistierenden türkischen Schiffen einschiffen, denn zu Lande gibt es noch keinen Krieg, und wie es scheint, wird es auch keinen geben. Wir fragen, welches Interesse haben die Polen daran, den Türken tätige Hilfe anzubieten in einem Kriege, der gar kein Krieg ist? Braucht uns die Türkei und wir sie? Zu Lande hat die Türkei eine starke und zahlreiche Armee, eine zahlreichere als Polen, welche durch die Überfälle und Kriege mit den Türken sehr gelitten hat, jemals hatte. Das, was Mickiewicz und Jajowski im Krimkriege, dem Kampf um Leben und Tod zwischen der Türkei und Rußland getan haben, hatte einen gewissen Sinn und auch eine gewisse vorteilhafte Aussicht für uns, es ging ihnen doch darum, die Kraft Rußlands zu brechen. — Doch wie kommen wir heute dazu, zwischen Türkei und Italien die Finger zu legen, da uns doch Italien niemals etwas zu Leide getan hat und wo wir uns ehrlicher Sympathien erfreuen, wofür die Protestadresse mit den Unterschriften von 200 000 italienischen Frauen — gesammelt von Maria Konopnicka — an den Kultusminister Studt gegen die Mißhandlung der Breschener Kinder — einen Beweis liefert!

Gegen den wilden, zwecks Reklame und Sensationshascherei aufgeworfenen Gedanken des Krakauer Revolverblattes müßten die ganze ernsthafte polnische Presse und die maßgebenden Faktoren in Krakau Protest einlegen.

Möchte man doch in Krakau und ganz Galizien polnische Friedenslegionen zum Kampfe gegen das seine Säfte ausaugende Judentum und die von der schlesischen Grenze sich Krakau nähernde deutsche Gefahr schaffen!

Aus Nr. 41 des Niedziela (Berlin Charlottenburg)
vom 8. Oktober 1911:

Der Bau des „polnischen Hauses“ in Berlin!*)

Aus Leserkreisen wurde oftmals der Wunsch geäußert, daß die Niedziela etwas über das Projekt des „polnischen Hauses“ in Berlin und über die neugegründete Genossenschaft schreiben sollte; einige wünschen eine genaue Begutachtung des Projekts, andere wenigstens die Zusage, ob wir den Eintritt in die Genossenschaft empfehlen usw. usw. Indem wir allen diesen Wünschen nachkommen, stellen wir vor allen Dingen fest, daß in dieser Angelegenheit nur die Genossenschaft mit dem ausdrücklichen Ziel des Bauens dieses Hauses ist, das Projekt selbst und die Absicht sind alt — sehr alt sogar. — Daraus geht also erstens hervor, daß, wer sich über die praktische Durchführbarkeit des Projektes Rechenschaft ablegen will, er zuerst ergründen muß, wie man über dieses Projekt früher geurteilt und es in die Wirklichkeit umzusetzen versucht und warum man dasselbe bisher nicht verwirklicht hat. Dann muß man sich die Frage zu beantworten versuchen, ob die gegenwärtigen Verhältnisse der Realisierung des Projektes günstiger sind als in früheren Zeiten, und zuletzt erst kann man zu den speziellen Berechnungen übergehen usw.

Vom Bau eines polnischen Hauses in Berlin träumte man schon vor 30 Jahren, und vor schon 15 Jahren hat man über die praktische Durchführbarkeit des Projekts in einer speziellen Kommission beraten. Diese Kommission, zu welcher verschiedene hier ansässige Bürger gehörten und welche noch heutigen Tages in der Kolonie arbeiten, ist noch einigen Sitzungen zu der Überzeugung gekommen, daß das Projekt infolge der Zerstreuung der Stammesbrüder über ganz Berlin nicht durchgeführt werden könne. Zu der Kommission gehörte u. a. auch der verstorbene kgl. Baumeister R. Skorzewski. Dieser kann leider nicht mehr um sein Urteil befragt werden, doch leben und wohnen hier noch viele Bürger, welche mit dem Verstorbenen darüber debattiert haben — ob man aber einen von diesen befragt hat, wissen wir nicht, doch kennen wir einige, an welche sich die das Projekt Aufnehmenden wenden konnten, dieses aber nicht getan haben! Haben denn die Herren dies für unnötig gehalten, in der Meinung, daß die heutigen Verhältnisse besser sind? Ist die Zerstreuung der Ansiedlung verschwunden oder hat sie sich verkleinert? Keineswegs! Aufgeklärte, den Zusammenschluß suchende Polen gibt es vielleicht etwa über 2000. Und dieses gibt dem Unternehmen, welches ein großes Betriebs- und Unterhaltungskapital erfordert, keine Gewähr des Erfolges.

Haben wir denn auch nur eine vollständige Statistik der Mitglieder unserer Vereine? Nein! Wir können wohl die Mitglieder der Wahlvereine zusammenzählen, doch wissen wir es nicht, wieviel Mitglieder tatsächlich alle andern Vereine zählen.

Haben die den Bau Projektierenden eine Statistik der jährlich stattfindenden polnischen Vergnügen gemacht? oder haben sie wenigstens ausgerechnet, wieviel die jährlichen Festlichkeiten einbringen und ob sie die Summe ausmachen, welche der Saal des gemeinsamen Hauses einbringen müßte? Nein!

In der konstituierenden Versammlung hat man keine genauen Berechnungen gemacht, ja, zur Sitzung nicht einmal den Architekten Herrn Pitak eingeladen, dessen in der Ausstellung ausgelegtes Projekt den Anlaß zur Gründung der Genossenschaft gegeben hat! Es stimmt, daß man nur diejenigen Personen eingeladen

hat, welche sich schon vorher als Genossen gemeldet haben, aber gewisse Rücksichten der Höflichkeit gegen einen Menschen, der andern die Möglichkeit eines Bekanntwerdens in weiteren Kreisen verschaffte, außer acht lassend, würde es doch wohl in der Ordnung gewesen sein, den Architekten schon deswegen eingeladen, damit er erklären konnte, wie er sich die Einnahmen aus diesem Hause vorstellte, wieviel er aus den Privatwohnungen, aus dem Saal usw. Miete berechnete. Ein Architekt, welcher ein Projekt ausarbeitet, muß, wenn er auch, was die Einzelheiten betrifft, grobe Fehler machen würde, so kalkulieren, daß die Errichtung und Unterhaltung des „polnischen Hauses“ wenn auch nur bescheidene Zinsen einbringt! Ist also die Gegenwart eines solchen Menschen bei der Gründung einer Genossenschaft nicht überaus notwendig?!

Doch man hielt dieses für überflüssig! Hat man vielleicht gedacht, daß Herr Pitak sich in der Kalkulation irren konnte, oder war man der Meinung, daß es nicht notwendig war, seine Berechnungen zu hören, weil der Boden, der die Grundlage seiner Kalkulation bildete, nicht mehr käuflich ist? Hat man aber irgend ein anderes Grundstück, auf welchem das Haus am vorteilhaftesten erbaut werden könnte, in betracht gezogen? Nein!

Sogar, was die Art der Genossenschaft anbetrifft, hat man sich so vergaloppiert, daß man verkündete, daß für jeden Anteil vierteljährlich 10 M. zu zahlen seien. — Man hat auch lustig Anmeldungen bis zu 50 und mehr Anteilen angenommen ohne zu bedenken, daß in einer eingetragenen Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht man nicht eher einen zweiten Anteil haben kann, bis der erste nicht völlig bezahlt ist. (§ 136 des Genossenschaftsrechts.) Wer z. B. zwei Anteile à 100 M. nimmt, muß den ersten ganz bezahlen, auf den zweiten erst kann er vierteljährliche Raten à 10 M. einzahlen! Daher müßte also Herr Konsolewski, der 100 Anteile nimmt, auf einmal 9910 M. einzahlen!

Die Gründung der Genossenschaft erfolgte also — wie wir sehen — sehr schnell, ohne tiefere Überlegung, einzig nur unter dem Einfluß der Begeisterung für die gute Idee! In einem folgenden Artikel werde ich mich bemühen, diese Phantasie im Lichte der Ziffern darzustellen und gleichzeitig untersuchen, ob man nicht, statt von einem polnischen Zentralhause zu träumen, das Geld zum Bau von billigen Wohnungen für Arbeiter, welche scharenweise nach Berlin kommen, verwendete, damit wir uns mit diesen Arbeitern treffen und auf sie einen Einfluß ausüben könnten? Dazu würde es sich vielleicht lohnen, Geld zu sammeln und Genossenschaften zu gründen! Johann Kotowski.

* * *

In Ergänzung des obigen Artikels fügen wir hinzu, daß man in der Angelegenheit des Baues des „Polnischen Hauses“ in Berlin sehr leichtsinnig gewesen ist. Ohne tiefere Überlegung über den Wert und die Rentabilität eines solchen Unternehmens gründet man eine Genossenschaft, welche auf Illusionen von Einzelnen sich stützt, die nach billiger Reklame streben und durchaus eine Rolle spielen wollen! Bei der Gründung der Genossenschaft waren die Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder der „Skarbona“ zugegen, doch keines hielt sich für verpflichtet, die Genossen darüber aufzuklären, daß ein Genosse, welcher 100 Anteile unterschreibt, noch vor der Unterschrift 9910 M. beim Gericht einzahlen muß — dagegen haben sie verkündet, daß für den Anteil vierteljährlich 10 M. zu zahlen sind. Wir nehmen an, daß diese Herren, welche in der „Skarbona“ schon seit vielen Jahren arbeiten,

*) Siehe Gesamtüberblick Nr. 49, Seite 978.

dieses nicht gewußt haben — obwohl sie so etwas wissen mußten — denn anders müßten wir eine solche Handlungsweise für unehrlich und strafwürdig halten. Daß es den Gründern der Genossenschaft um Prahlerei und darum ging, Aufsehen zu erregen, geht daraus hervor, daß sie zu Teilhabern Leute annahmen, denen es schwer fiel, das Eintrittsgeld von 3 M. zu entrichten, von der vierteljährlichen Ratenzahlung von 10 M. für einen Anteil ganz zu schweigen. Dann haben die „Initiatoren“ der Genossenschaft selbst privatim geäußert, daß sie an die Realisierung des Projekts nicht glaubten. Die Genossen gingen auf den Leim der hochtönig verkündeten Phrasen, ohne jedoch an das Gelingen des Werkes zu glauben, sie wollten jedoch — wie sie sagten — sich von der laut gewordenen Sache nicht mehr zurückziehen, um so mehr nicht, da man sie nicht gehörig aufgeklärt habe. Die Art und Weise der Gründung der Genossenschaft „Dom Polski“ in Berlin ist eine große Prahlerei, welche von Leuten ausgegangen ist, die „ohne Prahlerei“ schreiben!

J. J.

Aus den Blättern des Auslandes

Aus Nr. 128 des
Deutschen Volksblattes für Galizien (Lemberg)
vom 29. September 1911:

Die Zuverlässigkeit der allpolnischen Presse.

In allpolnischen Blättern erschien vor einiger Zeit ein Artikel eines gewissen Herrn Luigi Cigno di Coni, der sich unglaubliche Anwürfe gegen die Ruthenen leistet. Nun hat das Blatt der polnischen Konfervativen Przeglad Nr. 212 vom 16. September und Nr. 213 vom 17. September nachgewiesen, daß der Artikel in keinem italienischen Blatt zu finden sei, vielmehr eine Mystifikation darstelle und aus der Feder des Lemberger Lehrers der italienischen Sprache, des Herrn Rominski, stamme, der seinen Artikel den allpolnischen Blättern als angebliche Übersetzung eines italienischen Preßaufsatzes zuschickte. Rominski war der Aufnahme seines Artikels umso gewisser, als doch, wie der Przeglad berichtet, der „Haß der allpolnischen Blätter gegen die Ruthenen sprichwörtlich ist“.

Herr Rominski hat sich in seinen Erwartungen nicht getäuscht. Der Artikel wurde bereitwilligst abgedruckt, er entsprach ja der einen Bedingung, die an einen Artikel über die Deutschen oder die Ruthenen von allpolnischer Seite gestellt wird: er war voll Gift und Galle gegen diese. — Man höre, was der „Italiener“ Rominski von den Ruthenen zu erzählen weiß. Die Ruthenen sind gar keine Slawen, sondern Asiaten, Slawen sind die Russen. Diese haben ein regelmäßiges Profil, schöne Gesichtszüge und ein majestätisches Aussehen; dagegen sind die Ruthenen Menschen mit unregelmäßig geschnittenen Gesichtszügen, von grausamen und böswilligem Aussehen. Die Ruthenen sind ein faules, verschlagenes, abergläubisches, gottloses Volk, sie hassen aus der Tiefe ihres Herzens jegliche Zivilisation, die für sie immer eine Verkörperung der romanischen Kultur darstellt und die ihnen in den Polen entgegentritt. Weiter heißt es wörtlich in dem Aufsatz: „Der Ruthene ist von Natur Anarchist und haßt jegliche Tradition und Zivilisation. Um zum Verständnis der verwickelten ruthenischen Seelenkenntnis zu verhelfen, muß ich ein Beispiel benützen: wenn jemand von uns auf der Straße einen Ruthenen begegnet und ihn ohne jeglichen Grund gehörig verprügeln würde, nur deshalb, weil er stärker ist, so

würde ihm der Ruthene zu Füßen fallen, ihn seinen Herrn und Wohltäter nennen und würde voll Verehrung und Ehrerbietung gegen den sein, der ihn durchgewischt. Wenn wir dagegen ihm unsere Hand reichen und ihn Bürger nennen würden, ihm Ehren erweisen, so würde uns der Ruthene einen Blick zuwerfen voll Haß und Verachtung, worauf er unsere Habe von uns fordern würde und, wenn er auf Widerstand treffen sollte, das Leben.“

Der Przeglad schreibt dazu: „Einem Italiener könnte man verzeihen, daß er die Geschichte nicht kennt und nichts weiß von der Entstehung der heutigen Ruthenen. Aber jeder Pole würde wissen, daß mindestens die Hälfte dieser Ruthenen geborene Polen sind, auf die Güter der polnischen Magnaten aus Groß- und Kleinpolen verpflanzt, zwecks Bevölkerung dieser Wüstengebiete und der Ausfüllung der Lücken, die durch Tartareneinfälle und Wegschleppung der Bevölkerung durch diese entstanden. Dieselben Allpolen behaupten doch, daß sogar zu unseren Zeiten aus Mangel an katholischen Kirchen beinahe eine Million Katholiken zum orientalischen Bekenntnis übergegangen und ruthenisch geworden seien. Wie viel Ruthenen sind aus Mischehen mit Polinnen und Polen hervorgegangen? Alle Gemeinheiten, welche in diesem Artikel den Ruthenen zugeschrieben werden, treffen damit auch unser Volk. Schade, daß dies die Allpolen nicht bedacht haben, ehe sie sich durch den gefälschten Artikel betrügen ließen und einem Artikel Aufnahme gewährten, der die Ruthenen aufs tiefste empören wird und ein ausgezeichnetes Vorspiel zu den zu beginnenden Vertragsverhandlungen darstellt.“

Wir wollen uns diese Feststellung eines polnischen Blattes über die Zuverlässigkeit der allpolnischen Presse merken.

Daß diese nicht weit her ist, das ist längst bekannt. Aber auf den Schwindel eines Rominski hineinzufallen, ist doch schon zu stark. Oder sollen die Gemeinheiten in dem „italienischen“ Artikel vielleicht die polnische Bildung und Kultur vorstellen? Es scheint so!

Siegfried.

Aus Nr. 128 des Deutschen Volksblattes
für Galizien (Lemberg)
vom 29. September 1911:

Behandlung von deutschen Schülern am „deutschen“ Gymnasium in Lemberg.

Alljährlich bietet der Schulschluß und der Schulbeginn besonderen Anlaß zu berechtigten Klagen über die Behandlung deutscher Schüler am k. k. deutschen Gymnasium in Lemberg.

Das Wörtchen „deutsch“ in der Rubrik Nationalität des Einschreibzettels wirkt auf die Direktion wie ein rotes Tuch auf einen wütenden Stier. Ein Vorfall, der sich zu Beginn dieses Schuljahres zutrug, verdient etwas höher gehängt zu werden, so daß alle Welt erfahre, was für eine Paschawirtschaft in dieser Staatsschule herrscht und wie aller Vernunft zum Hohne die behördlichen Vorschriften gehandhabt werden.

Ein deutscher evangelischer Knabe hatte die 1. Klasse an einem polnischen Gymnasium mit gutem Erfolge absolviert. Sein Zeugnis wies folgende Noten auf: Sittliches Betragen sehr gut, deutsche Sprache sehr gut, aus allen anderen Gegenständen gut. Da aber der Junge in dieser ostgalizischen Kleinstadt keinen evangelischen Religionsunterricht genießen konnte und er überdies 1½ Kilometer vom Elternhaus — am Lande — in die Schule gehen mußte, wollte ihn der Vater in Lemberg im deutschen Gymnasium unterbringen, da

sein Sohn einen ermäßigten Platz im hiesigen evangelischen Studentenheim bekam. Bei der Einschreibung erklärte nun der Direktor, der Schüler müsse sich, weil von einer polnischen Anstalt kommend, einer Prüfung unterziehen, damit man konstatieren, ob er die deutsche Sprache derart beherrsche, daß er dem Unterrichte in den einzelnen Fächern werde folgen können. Das war das gute Recht des Direktors, wogegen nichts einzuwenden ist. Dagegen ist es klar, daß die Prüfung bei ihrem rein informativen Charakter sich nicht auf das Material der einzelnen Gegenstände zu erstrecken hatte, weil der Schüler auf Grund seines sehr guten Zeugnisses aus der 1. Klasse absolut berechtigt war, in die zweite Klasse des deutschen Gymnasiums aufzusteigen, sobald die vorgeschriebene Prüfung die nötige Beherrschung der deutschen Sprache feststellen würde. Der Herr Direktor betonte dies selbst! Was geschah aber? Die Prüfung fand am 4. September statt. Außer in Religion wurde der Schüler in allen Gegenständen geprüft. Das Prüfungsprotokoll wies in den einzelnen Fächern das Ergebnis auf: „Beherrscht die deutsche Sprache vollkommen — geeignet“. Nur bezüglich der lateinischen Sprache hieß es: Beherrscht die lateinische Sprache sehr gut, hat aber das Material der 1. Klasse nicht vollkommen erschöpft! Die Folge davon war, daß der Direktor gegen die Vorschriften, entgegen seiner früheren Erklärung und entgegen jeder gefundenen Logik die Aufnahme des Schülers in die 2. Klasse verweigerte und diesem Willen ohne jeden Grund in exaltierten Worten Ausdruck gab! Ist das nicht ein rechtswidriges Vorgehen? Wie wir in Erfahrung gebracht haben, war selbst der ganze Lehrkörper empört über eine solche gesetzwidrige Handlungsweise seitens des Direktors einer staatlichen Mittelschule. Man hätte wohl noch Wege und Mittel gefunden, um die Direktion eines Besseren zu belehren, aber mit Rücksicht auf den Schüler selbst, dem der erzwungene Besuch des „deutschen“ Gymnasiums gewiß verleidet worden wäre, wurde der Junge in die 2. Klasse eines polnischen Gymnasiums aufgenommen, ohne daß man sich an seiner deutschen Muttersprache gestoßen hätte.

Ein anderer charakteristischer Fall verdient ebenfalls erwähnt zu werden. Ein deutscher Junge besuchte im abgelaufenen Schuljahr die Vorbereitungsklasse am deutschen Gymnasium. Im Zeugnisse erhielt er eine nichtgenügende Note aus Polnisch. Der Junge bestand aber trotzdem die Aufnahmeprüfung in die erste Klasse einer polnischen Mittelschule! Ein Kommentar über die Zustände am „deutschen“ Gymnasium in Lemberg ist wohl überflüssig! Sollte aber der hohe k. k. Landes Schulrat für obigen Vorfall ein Interesse haben, so stehen ihm nähere Informationen gerne zur Verfügung.

Aus Nr. 128 des Deutschen Volksblattes für
Galizien (Lemberg)
vom 29. September 1911:

Die Gleichberechtigung in unserer Kirche. (Von einem galizischen Katholiken.)

Als wir vor einiger Zeit die Forderung nach deutschen Pfarrern für die deutschen Gemeinden laut werden ließen, da gab es einen Entrüstungsturm in den polnischen Blättern und man konnte sich an dem Schimpfen über unsere preußenseuchlerischen Ideen gar nicht genug tun. Wir hatten zwar nicht im entferntesten daran gedacht, daß die von uns verlangten deutschen Priester aus Preußen kommen müßten, da wir doch wissen, daß es im Westen unseres Vaterlandes, Niederösterreich, Steiermark, Tirol usw., eine genügende Anzahl deutscher Priester gibt, die nach

Galizien zu versetzen ein Leichtes wäre; aber die Polen scheinen das nicht zu wissen, und schließlich sind sie ja darauf erpicht, uns bei jeder Gelegenheit Preußenseuchlei vorzuwerfen. Seiner Eminenz, dem Herrn Erzbischof Biber in Lemberg, wurde denn auch von einer Abordnung deutscher Katholiken die Bitte unterbreitet, deutsche Priester aus anderen niederösterreichischen Diözesen kommen zu lassen. Darauf erwiderte der Erzbischof, daß dies nicht möglich sei, weil es nicht in seiner Macht liege, solche Versetzungen durchzuführen. Nun hat aber ein bemerkenswerter Fall gerade das Gegenteil von dem gezeigt, was Se. Eminenz seinerzeit behauptete.

In Münchenthal, von dem schon oft wegen der Heterereien der dortigen Pfarrer geschrieben wurde, war in letzter Zeit ein Schwabensohn namens Weigard als Pfarrer angestellt. Er war trotz seiner deutschen Herkunft kein Deutscher, wie fast alle unsere anderen Priester, aber er hat die gemeinen Schimpfereien von der Kanzel, die sich sein Vorgänger leistete, doch unterlassen. Von „Oben“ bekam er allerdings den Wink, sich ja nicht zu vergessen und er hat zufolge dem den Polen bei allen Gelegenheiten mehr hervorgekehrt, als es notwendig war. Daß er jedoch eines Sonntags von der Kanzel herab den Deutschen zurief: „Auch ich bin ein Schwabensohn“ machte ihn beliebt und da er auch Verwandte in der Gemeinde hat, hätte er dem dortigen Deutschtum keinen besonderen Schaden zugefügt. Natürlich konnte das den Herren Polonistoren im Priesterkleide nicht gefallen und Herr Pfarrer Weigard mußte dieser Tage Münchenthal verlassen. Doch man höre und staune! Herr P. Weigard bekam den Auftrag, binnen drei Tagen die Fahrt nach Hamburg anzutreten, um in der dortigen polnischen Kolonie die Pfarrstelle zu übernehmen.

Bravo Herr Erzbischof! Um uns deutschen Katholiken deutsche Priester zu beschaffen, dazu reicht Ihre Macht nicht aus, dagegen können Sie den Polen in Hamburg binnen drei Tagen einen Seelsorger bestellen.

So sieht es in unserer Kirche aus. Die Macht des Herrn Erzbischof ist dann zu klein, wenn es sich darum handelt, die Deutschen vor die Verfolgung durch polnische Priester zu bewahren. Sollten aber in Amerika oder in Deutschland die Polen ihnen geneigte Priester bekommen, dann erstreckt sich diese Macht auch über die Reichsgrenzen. Wann wird man uns endlich das Recht gewähren, das sonst jedem Regerrichten zusteht. Den Regern wird das Wort Gottes nicht in englischer oder gar polnischer Sprache, sondern in der Sprache der einzelnen Stämme verkündet.

Sind wir etwa schlechtere Christen? Doch man wird uns nichts anhaben können, solange wir fest zusammenhalten und unsere deutsche Muttersprache unter keiner Bedingung rauben lassen. Mag der polnische Pfarrer von der Kanzel polnisch schimpfen, mag er die Schwaben, die nicht zu Polen werden wollen, verfluchen, wir wissen was wir davon zu halten haben. Schließlich sieht er trotz seines Deutschenhasses doch gerne in der deutschen Gemeinde und läßt sich vom deutschen Gelde erhalten. Mit der Zeit werden wir es auch diesen Herren abgewöhnen, unsere Muttersprache zu verachten und zu verfolgen.

Aus Nr. 128 des Deutschen Volksblattes für
Galizien (Lemberg)
vom 29. September 1911:

Eine neue polnische „Erziehungs“-Anstalt.

Unter den Augen der Regierung soll jetzt zu Krakau eine neue Brutstätte des Großpolentums errichtet werden, die ihre Zöglinge keineswegs nur für Galizien

sondern offensichtlich ebenso für Preussisch- wie Russisch-Polen verwenden will. Die „Nachrichten aus Österreich-Ungarn berichten darüber folgendes: „Mit dem nächsten Winterhalbjahre wird in Krakau eine „polnische Schule für politische Wissenschaft“ entstehen, deren Zweck der Krakauer Hochschullehrer Kostworowski im Krakauer Czasa veröffentlicht. Aufgabe der Schule soll die Darstellung der staatsrechtlichen und volkswirtschaftlichen Verhältnisse „in allen drei Anteilen“ sein. An Vorträgen werden bereits angekündigt: Rechtsanwalt Koltzewski aus Posen „über die preussische Verwaltung“, Wasjutynski aus Russisch-Polen „über die russische Verwaltung“, der russische Reichsratsabgeordnete Schufowski „über russisches Geldwesen“, der russische Abgeordnete Grabzki „über die Entwicklung der russischen Wirtschaftspolitik im Königreiche und anderen polnischen Landen“. Es handelt sich also hierbei einfach um eine Schule, an der großpolnische Führer für alle Teile des ehemaligen Polenreiches herangebildet werden sollen, um eine Pflanz- und Brutstätte für polnische Heizer, die den Auftrag haben, überall gegen die völkische, vor allem also gegen die deutsche Kultur zu ziehen, die man besonders in Preußen mit ungeheueren geldlichen Opfern im Osten hochzubringen bemüht ist. Es erscheint doch dringend geboten, daß auf die k. k. Regierung in Wien in entsprechender Weise eingewirkt wird, damit diese Brutstätte des Polentums wenigstens nicht noch von staatlich angestellten Lehrkräften geleitet und durch staatliche Unterstützung gefördert werde.

Aus Nr. 128 des
Deutschen Volksblattes für Galizien
(Lemberg)
vom 29. September 1911:

Der polnisch-ruthenische Ausgleich.

Die Nichteinberufung des galizischen Landtages ist von polnischer Seite damit begründet worden, daß der Ausgleich mit den Ruthenen, die seit 1910 im Landtage obstruieren, noch nicht genügend weit vorgeschritten sei. Was die Forderungen der Ruthenen anlangt, so lassen sie sich in folgenden Punkten zusammenstellen: 1. Gleichberechtigung in Galizien in rechtspolitischer Beziehung, also Unabhängigkeit von den Polen. 2. Baldigste Eröffnung der ruthenischen Universität in Lemberg. 3. Die Teilung des Landesschulrates auf eine polnische und ruthenische Sektion. 4. Die Abschaffung des Landesgesetzes vom Jahre 1868, wonach nur dann ein ruthenisches Gym-

nasium eröffnet werden kann, wenn der Landtag seine Bewilligung gibt. Gegenwärtig haben die Polen 60 Mittelschulen, während die Ruthenen nur 5 besitzen, außerdem werden 6 ruthenische Mittelschulen auf private Kosten erhalten, während besonders in den letzten Jahren auch in rein ruthenischen Kreisen polnische Mittelschulen eröffnet worden sind. 6. Eine gerechte Landtagswahlreform, die den Ruthenen entsprechend ihrer Volkszahl 41 Prozent der Mandate gebe.

Die polnische Presse hat bisher nichts getan, um diese Forderungen einer ernsten Erörterung zu unterziehen. Mit wenigen Ausnahmen lehnte sie sie glattweg ab, voran die allpolnischen Organe und die der sogenannten podolischen Fraktion, das heißt der polnischen Grundbesitzer im östlichen ruthenischen Teile Galiziens. Diese schroff ablehnende Haltung entspricht nicht nur der traditionellen Feindseligkeit dieser Kreise gegen die Ruthenen, sondern auch der Absicht, diese mehr und mehr der russophilen Bewegung in die Arme zu treiben.

Aus Nr. 128 des Deutschen Volksblattes
für Galizien (Lemberg)
vom 29. September 1911:

Vorsteherwahl.

Kaisersdorf.

Am 22. d. Mts. fand die Neuwahl des Gemeindevorstehers statt, nachdem der früher gewählte Vorsteher, Wirtschaftsbesitzer Herr Johann Lang, die Stelle nicht annahm und sein Refus Berücksichtigung fand.

Bei der Neuwahl erhielt der Wirtschaftsbesitzer Herr Anton Kreppel die notwendige Stimmenmehrheit und nahm die Wahl zum Ortsrichter an. Herr Anton Kreppel ist ein strammer deutscher Mann und läßt für die Gemeinde nur Gutes hoffen. Gott gebe es!

Schule.

In der hiesigen zweiklassigen Volksschule mit deutscher Unterrichtssprache wurde die zweite Lehrerstelle zum Schulbeginn mit einer jungen Lehrkraft besetzt und zwar mit einem Herrn, der nur notdürftig sich deutsch verständigen kann. Wie soll dieser Lehrer den deutschen Kindern in deutscher Sprache Unterricht erteilen? Sache des Ortschulrates wäre es, an maßgebender Stelle einen Lehrer zu verlangen, der doch etwas Deutsch kann — aber man läßt hier in allem der Sache ihren Lauf, komme es, wie es wolle.